

**p.s.**  
DIE LINKE ZÜRCHER ZEITUNG  
NR. 39 / 10. NOVEMBER 23

**FABIAN  
MOLINA**

Nationalrat SP,  
Präsident Europäische  
Bewegung Sektion Zürich



**WEITEREN  
RECHTSRUTSCH  
VERHINDERN.**

Jetzt Tiana Moser in  
den Ständerat wählen!



GENOSSENSCHAFT KOOPERNIKUS

# Zum Bauernhof statt zum Grossverteiler

SEITE 15

KIRCHENRATSPRÄSIDIUM

**Nur eine Kandidatin und  
trotzdem spannend?**

S.3

IM GESPRÄCH

**«Die Immobilienbranche  
ist sehr konservativ»**

S.12 - 13

«NIEMAND WARTET AUF DICH»

**Furchterregend raffinierte  
Gedankenfallen**

S.23

## La Chaux-de-Fonds

Der Sommer in der ehemaligen Uhrmachermetropole manövriert die ankommenden Tänzer:innen Meret Schlegel, Kilian Haselbeck aus Zürich und Andrea Beugger aus Amsterdam während einer gemeinsamen Residenz aus ihrer gewohnten Hektik. Auf die Entschleunigung folgt Raum für die Musse und die anscheinend anders tickenden Uhren für eine gefühlte Ewigkeit an zur Verfügung stehender Zeit. Eine Stadt im Sommer, das kennen alle, zeigt sich menschenleerer im Detail auch von ihrer eigentlich freundlichsten Seite. Drei Tänzer:innen und ein Filmer (Bartek Sozanski), alle professionell dauernd unterwegs, erkunden La Chaux-de-Fonds im Sommerschlaf und entwi-



ckeln daraus die Choreographie «En route», worin ihre je verschieden lange Lebenserfahrung ebenso mit einfließt wie die Freude an der seltenen Gelegenheit, zusammenarbeiten zu können, und dem Glücksgefühl, das einen beim Entdecken von Neuem erfüllt. *froh.*

«En route – mit Halt in Zürich», Fr, 10.11., 19.30h, Sa, 11.11., 18h, Helferei, Zürich.

## Körper als Spektakel

Florentina Holzinger untersucht in ihren Choreographien anhand eines klassischen Ballettvor-



(Bild: Nada Zgank)

bildes – hier «La Sylphide» –, inwiefern sich eine Tänzerin heute mit dem Drill zu Perfektion und Schönheitskult überhaupt noch einigermaßen gesund bleibend arrangieren kann. Mit einem Frau-

ensemble zwischen zwanzig bis achtzig Jahren stürzt sie sich in den Wahnsinn einer Neuverortung. Als gestrenge Leiterin setzt sie ihr Ensemble der Akrobatik, dem zirkensischen Fliegen, der Selbstentblössung und dem oktroyierten Ideal aus, um darüber eine Methode zu entwickeln, ebendiese Fessel, den Körper als Spektakel zu verstehen, zu überwinden und im Idealfall ein versöhnliches Verhältnis zu sich selbst, der Arbeit und der Erwartungshaltung zu entwickeln. «TANZ» ist brachial und zerbrechlich zugleich, plakativ fordernd wie schüchtern flehend und stellt Nacktheit als Befreiung der Entblössung zu pornografischen Zwecken gegenüber. *froh.*

«TANZ», Fr/Sa, 10./11.11., 20h, Gessnerallee, Zürich.

## Puppenspieler

Unsere hauseigene kleine Tonhalle beschreibt Händel-Opern als durchaus empfehlungswürdig, weil seine Musik Arie an Arie hängt und weder



(Bild: Bernhard Fuchs)

das Gehör noch das Gemüt mit Schwermut belastet. Wenn der Wiener Puppenspieler (und offenbar ebenfalls gefeierte Regisseur) Nikolaus Habjan jetzt «Alcina» von Georg Friedrich Händel mit Opernsänger:innen und lebensgrossen Puppen in Szene setzt, ist es vielmehr die Neugierde als eine Gewissheit, die dieses Bühnenerlebnis hier erscheinen lässt. Inhaltlich behandelt «Alcina» keineswegs allein den Frohsinn: Die böse, hässliche Zauberin verwandelt sich selbst in eine unwiderstehliche Schönheit und jede Wüstenei in eine paradiesische Oase, nur mit dem Zweck, Kreuzfahrer von ihrem Weg abzubringen. Ihr jüngstes Entführungsoffer Ruggiero indes erweckt in ihr selbst Gefühle der emotionalen Hingabe, was sie in die Bredouille manövriert, ihre Aufgabe zu erfüllen oder ihrem Herzenswunsch nachzugeben. *froh.*

«Alcina», Sa, 11.11., 19.30h, Kurtheater, Baden.

## Spätfolgen

Michael Herzog setzt sich in «Landstrassenkind» (Limmatverlag 2023, 160 S., 34 Fr.) mit den verheerenden Langzeitfolgen des sogenannten Hilfswerks «Kinder der Landstrasse» auseinander, das

während eines halben Jahrhunderts Fahrende mit Gewalt zur Assimilation zwang. Kindeswegnahme, Versorgung, Zwangsbehandlung sind die Mittel. «Landstrassenkind» erzählt die Geschichte der Familie Mehr, die in drei Generationen alle diese Verheerungen durchleiden musste. Ihre Wut darüber verarbeitet Mariella als sprachmächtige Schriftstellerin, Christian schreit sie der Gesellschaft als Punk ins Gesicht. Ihren Schmerz betäuben beide mit Suchtmitteln, die doch nicht helfen, dem Erlittenen die Dominanz über ihr Leben zu entreissen. Im Gegenteil wird die geteilte Erfahrung sogar zum Lakmestest ihrer Beziehung zueinander, die zwischen Liebe und Hass mäandert und die letzten Kräfte kostet. *froh.*

Michael Herzog: «Landstrassenkind», Mo, 13.11., 19.30h, Sphères, Zürich, Eintritt frei.



## Verfolgte Autor:innen

Bis zum Verbot privater Medien in Eritrea 2001 arbeitete Yirgalem Fisseha Mebrahtu als freie Journalistin. Danach war sie bis zu ihrer Verhaftung 2009 Autorin, Moderatorin und Programm-

direktorin bei Radio Bana, einem Radiosender des eritreischen Bildungsministeriums. 2018 gelang ihr die Flucht, seither lebt sie als Stipendiatin des PEN Writers in Exile-Programms im PEN-Zentrum Deutschland. Für ihren Einsatz für die Demokratie wurde sie von der Stadt München ausgezeichnet und in diesem Jahr erscheinen ihr Lyrikband «Ich bin am Leben» (Verlag das Wunderhorn) und ihr Briefwechsel mit Tanja Kinkel «Freiheit in Briefen. Zwei Autorinnen im Dialog» (Akono Verlag) auf Deutsch übersetzt. Sie ist Gast am jährlichen Writers in Prison-Day des Deutschschweizer PEN-Zentrums. Die Lesungen werden Deutsch und Tigrinya gehalten, die Diskussion mit Anita Streule wird auf Englisch geführt. *froh.*

«Writers in Prison-Day 2023»: Yirgalem Fisseha Mebrahtu, Mi, 15.11., Literaturhaus, Zürich.



# Eine eigentlich unpolitische Wahl

**Der zweite Wahlgang der Ständeratswahlen und auch die anstehende Bundesratswahl überschatten die Wahl anderer Ämter, die noch zu vergeben sind – zum Beispiel die Wahl der Exekutive der Reformierten Kirche im Kanton Zürich. Überraschungen soll es da aber keine geben. Oder?**

Sergio Scagliola

Esther Straub wäre die erste Frau, die im Präsidium des Kirchenrats der Reformierten Kirche sitzt. Die ehemalige SP-Kantonsrätin und Pfarrerin in Schwamendingen ist mittlerweile die einzige Kandidatin für das Amt. Respektive: Von drei Kandidaturen wurden zwei zurückgezogen. Der bisherige Kirchenratspräsident Michel Müller tritt nicht für eine weitere Amtszeit an, Namensvetterin Sabrina Müller hat ihre Kandidatur zurückgezogen, weil sie eine Stelle an einer Universität antritt. Für die sechs Sitze im Kirchenrat kandidieren sieben Personen – die beiden Wahlen klingen also nicht unbedingt nach Knüller. Das «Portal der Reformierten» [ref.ch](http://ref.ch) schreibt aber, spannend werden dürfte es trotzdem. Wieso?

## Repräsentation statt Dominanz

Eigentlich ist die Kirchenratswahl eine eher unpolitische Sache. Das ist primär der Organisationsform der Reformierten Kirche zuzuschreiben: In der Kirchensynode, dem Parlament, sowie der Exekutive, dem Kirchenrat, sind verschiedene Fraktionen vertreten. Ein gewähltes Mitglied des Parlaments tritt aber nicht für eine Fraktion an, sondern entscheidet sich erst nach der Wahl für eine Fraktion. Heisst: Keine Basisorganisation wie bei Parteien und somit wenig Wahlkampf. Infolge der bereits erfolgten Wahl des neuen Parlaments – es hat nun eine Sitzung hinter sich – sind die Fraktionen näher zusammengerutscht und besetzen nun ähnlich viele Sitze. Auch hier gibt es eine Zauberformel in der Exekutive, damit Ansprüche und Wünsche, aber offensichtlich weniger Streitigkeiten darüber. Manuel Joachim Amstutz, Präsident der Religiös-sozialen Fraktion (RSF), der auch Esther Straub angehört, relativiert deshalb auch die Frage nach ideologischer Dominanz in der Kirchenpolitik: «Konkordanz ist immer auch etwas Machtpolitisches, aber uns ist wichtig, dass alle repräsentiert sind und damit auch in die Verantwortung genommen werden können – dass eben keine Opposition betrieben werden kann.»

Das hat einen einfachen Grund. Opposition macht im kirchlichen Kontext wenig Sinn – aufgrund der Organisationsform der Kirche ist man zur Zusammenarbeit gezwungen. Anders wie zum Beispiel bei einem Staat, wo man bei Abgabe des Passes zwar das politische Mitspracherecht verliert, aber dennoch steuerpflichtig bleibt. Bei der Kirche hingegen ist das nicht so – wer austritt, zahlt nichts mehr, ist von ihr losgelöst – weshalb man sich auch in den Gremien nicht zerstreiten sollte: «Die Frage nach funktionierender Zusam-

menarbeit und Kohäsion, wie wir uns dagegen wehren, auseinanderzudriften, ist viel zentraler. Wir müssen uns deshalb auch mehr zusammenschaufeln», so Manuel Joachim Amstutz.

Das hat auch zur Folge, dass politische Differenzen auch mal auf die Seite gelegt werden. Zum Beispiel bei der anderen Kandidatur der RSF für den Kirchenrat: Eva Schwendimann wäre die erste offen homosexuelle Kirchenrätin. Damit müssen alle Fraktionen klarkommen. Die Frage, ob es auch hier seit jeher bürgerliche Dominanz im Politischen gibt, weist der RSF-Präsident zurück: Die Kirche spiele zum Beispiel eine wichtige Rolle in Bezug auf die Soziale Frage – für viele Bürgerliche etwa auch in Bereichen, in denen dem Staat keine Zuständigkeit attestiert wird. Deswegen ist aber nicht irrelevant, wer diese Ämter besetzt. Wer Mehrheiten hat, beeinflusst, für wen man sich einsetzt – für die Religiös-soziale Fraktion wäre es, «sich für die Schwächeren in der Gesellschaft einzusetzen.»

**«Ich will keine Kirche, die wie eine Firma funktioniert, sondern eine Körperschaft, die tatsächlich wie ein Körper konstituiert ist: Jedes Glied ist auf die anderen Glieder angewiesen.»**

Esther Straub,  
Kandidatin Kirchenratspräsidium

## Heraufbeschworte Spannung

Es ist auch nicht so, dass Präsidiumskandidatin Esther Straub sehr polarisierend wäre, ihre Vorstellung einer modernen Kirche ist nicht unbedingt revolutionär: «Die Kirchgemeinden haben viel zu bieten: Räume zur vielfältigen Nutzung, Gesprächspartner:innen, Unterstützung für Menschen in finanziellen Notsituationen, rituelle Begleitung bei Geburt, Partnerschaft und Tod, Kirchenräume, in denen für Frieden gebetet wird, Chöre und Werkstätten, die Menschen integrieren, Begegnung über Generationen hinweg, offene Räume für Jugendliche.» Den Einbezug einer jüngeren Generation, für die die Kirche vielleicht eher ein Kulturgut der älteren Generationen ist, betont Esther Straub besonders: «Berührungspunkte zu einer jungen Generation, die die Kirche nicht von innen kennt, sind

da überall vorhanden. Diese Berührungspunkte müssen wir im Blick haben und sie aktiv bewirtschaften. Ich will eine offene Kirche. Aber auch eine Kirche, die über ihren Glauben offen spricht und die über den Glauben mit anderen Religionsgemeinschaften im Dialog ist und mit ihnen gemeinsam den religiösen Frieden im Land sichert.»

Dass die Wahl weiterhin als spannend bezeichnet wird, deutet vielleicht auf die Rolle der Präsidiumskandidatin hin. Wäre eine «feministische Theologin», wie Esther Straub ab und zu beschrieben wird, als erste Frau in diesem Amt vielleicht doch zu polarisierend für eine patriarchal geprägte Kultur? Und grün soll sie auch noch sein? Tatsächlich bringt Esther Straub Ideen ein, die für das kirchliche Umfeld nicht gerade typisch sind: Zusammen mit der «Frauenlesegruppe» hat sie vor 20 Jahren die Übersetzung der Zürcher Bibel feministisch kritisch begleitet. Oder auch ein Umweltmanagementsystem, den «Grünen Güggel», vorangetrieben – der nicht top-down, sondern aus den Gemeinden heraus mittels sogenannten Umweltgruppen organisiert ist, die «gemeinsam, tatkräftig und nachhaltig die Schöpfung Gottes beackern» wollen. In nicht kirchlicher Sprache heisst das etwa: Auf Gemeindeebene organisierte Aktionsgruppen, die Umweltkonzepte erarbeiten. Esther Straub will «keine Kirche, die wie eine Firma funktioniert, sondern eine Körperschaft, die tatsächlich wie ein Körper konstituiert ist: Jedes Glied ist auf die anderen Glieder angewiesen – und das Haupt ist nicht der Kirchenratspräsident, sondern Christus», ein biblisches Bild, das ihr viel bedeute.

Angesichts der zurückgezogenen Kandidaturen müsste es also eigentlich klar sein, wie diese Geschichte ausgeht. Esther Straub musste sich diese Woche den Anhörungen bei den verschiedenen Fraktionen stellen, wo sie, ähnlich wie angehende Bundesratsmitglieder, auf Herz und Nieren geprüft wurde. Die heraufgeschworene Spannung ist also eigentlich keine – wenn sie ja die einzige ist, die zur Wahl steht. Lediglich Protestwahlen oder ein Aufbau eines kurzfristigen Sprengkandidaten könnten die Wahl kippen. In einem eigentlich unpolitischen Wahlkampf würde es definitiv auch nicht zum guten Ton in einem grundsätzlich etwas friedfertigeren Gremium als die anderweitig im P.S. vorkommenden, gehören, wenn plötzlich Verhinderungspolitik betrieben würde. Und vielleicht wäre dann auch noch nicht ganz alles gesagt bezüglich reaktionärer Kräfte in der Reformierten Kirche. Etwas mehr feministische Kritik und bottom-up-Strukturen würden ihr ohnehin guttun.

# Schnellere Hilfe bei psychischen Problemen

**Die Volksinitiative der Jungen Mitte, in der Form einer allgemeinen Anregung eingereicht, wurde sowohl vom Regierungsrat wie auch vom Kantonsrat ohne Abstimmung gutgeheissen. Die Regierung muss nun eine konkrete Umsetzung ausarbeiten. Weiter will der Rat ein Verbot von Umpolungstherapien und eine Registrierung von freilaufenden Katzen.**

Koni Loepfe

Ein Drittel der Jugendlichen (vor allem junge Frauen) leiden unter psychischen Problemen und jede(r) Elfte hat mehr oder weniger ernsthaft versucht, sich das Leben zu nehmen. Diese Zahlen präsentierte Kommissionspräsident Andreas Daurù, der neben den unerfreulichen Zahlen ein seltenes Ereignis präsentieren konnte: Die Gesundheitskommission ist einstimmig für die Initiative der Jungen Mitte (sie erhielt dafür von allen Seiten viel Lob und Dank), die verlangt, dass die Prävention deutlich erhöht wird und dass jede(r) Jugendliche, der um eine entsprechende Behandlung nachsucht, diese ambulant nach spätestens vier Wochen erhält. Die Regierung hat einen Teil der Initiative von sich aus umgesetzt und empfiehlt dem Kantonsrat, ihn mit der Umsetzung der Initiative zu beauftragen. Es gibt nur einen Punkt, den die Regierung anders sieht. Natalie Rickli führte aus, dass die vier verlangten Wochen bis zu einem ambulanten Behandlungsbeginn nicht realistisch seien. Auch die sechs Wochen, auf die sich

bezahlt werden. Alan Sangines und Nicole Wyss (AL) verlangen dringend, dass auch Psycholog:innen diese Weiterbildung erhalten.

Alle Redner:innen stimmten zu, alle setzten sich auch für die konkreten Massnahmen ein. Mit unterschiedlichen Akzenten. Josef Widler (Mitte) erinnerte wie Nicola Siegrist (SP) daran, dass finanziell prekäre Familiensituationen ein wichtiger Grund für psychische Probleme sein könnten. Nicola Siegrist erinnerte daran, dass die Jugendlichen in einer Krisensituation aufwachsen und dass die sozialen Medien auch zu einer Belastung führen können. Jeannette Büsser (Grüne) findet, dass die Erkrankungen oft kein Individualversagen, sondern ein kollektives Problem seien, zu dessen Lösung auch viele Gretas der Welt einen grossen Beitrag leisten könnten. Daniela Rinderknecht (SVP) hob hervor, was die Gesundheitsdirektion bereits geleistet hat und sieht 90 Prozent der Initiative erfüllt. Unzweifelhaft ist es Natalie Rickli, die selber unter Depressionen litt, ernst mit der Verbesserung der Situation. Sie betonte indes, dass fehlende Fachkräfte (das gilt durchaus auch für die Schulsozialarbeit) kurzfristig nicht zu haben sind. Das Fazit: Am Geld (es stehen bereits etwa 20 Millionen Franken mehr zur Verfügung) fehlt es kaum, aber die Beschaffung der Fachkräfte ist nicht so einfach. Der Rat überwies die Initiative ohne Abstimmung (es fehlte ein Ablehnungsantrag), sodass Patrick Hässig (GLP), der als Pfleger auf einer Kindernotfallstation arbeitet und die Situation eindrücklich schilderte, hoffen kann, dass ihm die Arbeit zwar nicht ausgeht, aber er weniger vermeidbare Fälle behandeln muss.

## Emotionale Debatte

Die zweite ausführliche Debatte des Morgens betraf eine Motion von Florian Heer (Grüne), der ein Verbot von Konversionstherapien verlangte. Er schilderte, wie ein Mann, der seine Homosexualität, auch durch seine religiöse Umgebung bestärkt, als Krankheit und Sucht empfand, sich durch eine Therapie heilen wollte. Das Ergebnis: Er verstümmelte schliesslich seine Genitalien, da er von den Männern nicht lassen konnte. Diese Therapien sollten, so Florian Heer, verboten werden, da sie von der falschen Voraussetzung ausgehen, dass sexuelle Neigungen verändert werden können. In der Realität verursachen sie aber vor allem Leid. Die Motion stiess auf zwei Ablehnungen, eine inhaltliche vor allem durch die Vertreter der EDU und eine formale durch die FDP und die Regie-

rung. Hans Egli (EDU) berief sich auf die Freiheit des Einzelnen. Wer sich aus eigener Entscheidung therapieren lassen wolle, dem dürfe man dies nicht verwehren. Erich Vontobel (EDU) gab zu, dass es Fälle von missbräuchlicher Konversionstherapie gegeben habe. Jugendliche müssten geschützt werden, aber für alle ändern sollte es möglich sein, wenn sie es wünschen. An Brigitte Rööslì (SP) richtete er den Vorwurf, sie sei freikirchenphob. Sie sei in einem kleinen Dorf aufgewachsen, erwiderte sie. Wenn sie sich mit 16 als lesbisch geoutet hätte, wäre sie wohl auch in einem solchen Kurs gelandet oder hätte Selbstmord gemacht. Heute seien es vor allem religiöse Kreise, die Queermenschen umzupolen versuchen.

Angie Romero (FDP) erklärte, für ein Verbot sei der Bund zuständig, eine Argumentation, die Natalie Rickli noch ausführte. Wer als Medizinalperson eine Konversionstherapie anbiete, riskiere ein Berufsverbot. Für Heilsbringer und ähnliches sei aber nicht das Gesundheitsgesetz, sondern das

## Angie Romero (FDP) erklärte, für ein Verbot sei der Bund zuständig, eine Argumentation, die Natalie Rickli noch ausführte.

Strafrecht zuständig und damit der Bund. Sie hoffe, dass der Ständerat eine entsprechende Motion überweise, denn inhaltlich sei sie klar gegen eine Umpolung. Yvonne Bürgin (Mitte) verstand die Welt zweimal nicht mehr. Das erste Mal, als sie von den Missständen gehört habe und das zweite Mal, als die Regierung unter dem Verweis auf Bern sich weigerte, etwas zu unternehmen. Sie muss nun: mit 90:74 (SVP und FDP) Stimmen überwies der Rat die Motion.

Die Regierungsrätin erhielt noch einen Auftrag, gegen den sie sich gewehrt hatte: Sie muss prüfen und einen Bericht darüber abliefern, was es brächte, wenn Katzen einen Chip tragen und nach Möglichkeit auch kastriert werden. Der Grund: Es gibt im Kanton Zürich gegen 400 000 Katzen, die zuviel Vögel und Amphibien fressen, sich zu sehr vermehren und mit den Wildkatzen vermischen. Der Aufwand dafür sei viel zu gross im Vergleich zum Ertrag, fand die Regierungsrätin. Nur die SVP schloss sich ihrer Argumentation an.

## Das Fazit: Am Geld fehlt es kaum, aber die Beschaffung der Fachkräfte ist nicht so einfach.

die Kommissionsmehrheit geeinigt hatte, betrachtete sie derzeit als realitätsfremd. Andererseits gab sie sehr deutlich zu erkennen, dass der Zustand mit einer Wartezeit von 6 bis 9 Monaten auch für sie unakzeptabel sei, aber nicht mehr der Realität entspreche. Notfälle würden bereits in zwei Wochen behandelt, suizidgefährdete Personen sofort.

Im Übrigen war sie mit den vom Kommissionspräsidenten und fast allen Redner:innen genannten Punkten einverstanden. Andreas Daurù verlangt erstens Prävention als einen Schwerpunkt, was vor allem eine intensive Zusammenarbeit mit der Bildungsdirektion bei der Schulsozialarbeit (auch in den Berufsschulen) verlangt. Zweitens seien die sechs Wochen zumindest anzustreben, was drittens die Bekämpfung des Fachkräftemangels bedingt. Dazu äussersten sich Alan David Sangines (SP) und Bettina Balmer (FDP) konkret. Es gibt in der Schweiz nur 700 Kinderpsychiater:innen, was viel zu wenig ist. An die Weiterbildung sollen pro Person bis zu 25 000 Franken

# Grosse Kelle oder zu knauserig?

Der Zürcher Gemeinderat befasste sich unter anderem mit dem Sozialarchiv und mit «sozialen Rezepten».

Nicole Soland

Wenn der Stadtrat zur Umsetzung einer Motion den Gemeinderat um eine Fristerstreckung bitten muss, macht er sich dort meist nicht beliebt. An der Sitzung des Zürcher Gemeinderats vom Mittwochabend ging es obendrein um ein Geschäft, das bereits mehrmals zu reden gab: Besagte Motion hatten Balz Bürgisser (Grüne) und Jean-Daniel Strub (SP, nicht mehr im Rat) eingereicht und damit die «Erstellung eines zentralen Gemeinschaftszentrums (GZ) als Begegnungsort in Witikon» gefordert. Hochbauvorsteher André Odermatt begründete den Antrag auf Fristerstreckung unter anderem mit der «schwierigen Standortsuche» in Witikon – die nötig wurde, weil das Haus, in dem sich das GZ heute befindet, einem Ersatzneubau weichen muss. Doch jetzt sei klar, dass eine zwei-Standorte-Strategie verfolgt werde: Ein GZ-Standort entstehe in Kombination mit dem Bau einer neuen Dreifachturnhalle im Sportzentrum Witikon, dieses Projekt laufe. Beim geplanten zweiten, zentralen Standort zeichne sich ebenfalls eine Lösung ab, doch Details könne er leider noch nicht verkünden, weil die Verhandlungen noch liefen.

Balz Bürgisser zeigte sich erfreut über diese «frohe Botschaft» und speulierte schon mal munter drauflos, ob sich der zentrale Standort möglicherweise in der neuen Überbauung der Swiss Re an der Witikonstrasse befinde? Wie auch immer: «Was lange währt, wird endlich gut», schloss Balz Bürgisser. Mit dieser Einschätzung war er offensichtlich nicht allein: Mit 109:0 Stimmen hiess der Rat die Fristerstreckung gut.

## Postulat knapp überwiesen

Ebenfalls einstimmig sprach sich der Rat dafür aus, dass dem Verein Schweizerisches Sozialarchiv für die Jahre 2024–2027 ein wiederkehrender Beitrag von jährlich 464000 Franken bewilligt wird. Knapp wurde es jedoch beim Begleitpostulat zu dieser Vorlage des Stadtrats. Denn der bewilligte Betrag ist kleiner als vom Sozialarchiv beantragt: Es hatte sich die Weiterführung des bisherigen Beitrags unter Berücksichtigung der prognostizierten Teuerung gewünscht. «Das heisst, fürs Jahr 2024 wurden 508 119 Franken beantragt, fürs Jahr 2027 517 334 Franken», führte Balz Bürgisser aus, der das Postulat zusammen mit Liv Mahrer (SP) eingereicht hatte. Für die Beitragskürzung kann die Stadt allerdings nichts, denn der vor vielen Jahren beschlossene Verteilungsschlüssel sieht vor, dass die Stadt jeweils die Hälfte des Betrags bezahlt, den der Kanton dem Sozialarchiv überweist. Weil der Kanton nun den Betrag gekürzt hat, fällt

auch jener der Stadt geringer aus. Balz Bürgisser ärgerte sich darüber, dass der Regierungsrat seine Kürzung mit dem «hohen Vermögen des Trägervereins von 1,41 Millionen Franken» begründet: Es sei unfair, das Sozialarchiv dafür zu bestrafen, dass es sorgfältig umgehe mit den finanziellen Ressourcen. Die Postulant:innen forderten deshalb, die Stadt solle in die Lücke springen und in

**«Es ist unfair, das Sozialarchiv dafür zu bestrafen, dass es sorgfältig mit den finanziellen Ressourcen umgeht.»**

Balz Bürgisser, Grüne

den nächsten Jahren «konkrete Projekte des Sozialarchivs, deren Realisierung wegen der Beitragskürzungen gefährdet ist, finanziell unterstützen».

Den Ablehnungsantrag der SVP begründete Stefan Urech unter anderem damit, immer, wenn die Stadt nicht «mit der ganz grossen Kelle» anrichte, wolle die linke Ratsseite das sogleich ändern. Doch die Stadt könne sich das angesichts ihrer angespannten finanziellen Lage schlicht nicht leisten. Stadtrat Filippo Leutenegger führte aus, der Kanton habe nicht etwa einen Sparauftrag herausgegeben, sondern es gehe schlicht darum, zu hohe Reserven abzubauen. Es gebe in den kommenden vier Jahren kein Projekt, auf das das Sozialarchiv aus finanziellen Gründen verzichten müsse. Mit knappstmöglichem Resultat – 55 gegen 54 Stimmen (von SVP, FDP, GLP und Mitte-/EVP) – überwies der Rat das Postulat.

## «Soziale Rezepte»

Mit einer Motion forderten David Garcia Núñez und Ezgi Akyol (beide AL, letztere nicht mehr im Rat) ein Pilotprojekt für das Ausstellen von «sozialen Rezepten» in den städtischen Gesundheitsinstitutionen. Moritz Bögli (AL) erklärte, diese Idee stamme aus dem Ausland – das sogenannte Social Prescribing wurde in den 1990er-Jahren in Grossbritannien entwickelt. Wenn eine medizinische Behandlung längerfristig nicht wirke, müssten auch soziale Angebote verschrieben werden, fasste Bögli zusammen. Eine solche integrative Gesundheitsförderung wünsche sich seine Fraktion auch für Zürich.

Der Stadtrat schlug in seiner Motionsantwort ein vierjähriges Pilotprojekt vor, anhand dessen er

herausfinden möchte, ob «soziale Rezepte» längerfristig ein sinnvolles Angebot für die Stadt Zürich sind. Das Konzept sieht gemäss Vorlage des Stadtrats unter anderem vor, dass das medizinische Fachpersonal in drei bis vier Ambulatorien des Stadtspitals Zürich für die Dauer des Pilotprojekts die Möglichkeit haben soll, «Patientinnen und Patienten mit nicht-medizinischen, aber anderweitigen gesundheitsrelevanten Bedürfnissen an eine Koordinationsstelle mit sogenannten Link Workern zu verweisen respektive ihnen eine entsprechende Sozialberatung durch sie zu verschreiben». Angesichts der veranschlagten Kosten von rund einer Million Franken – ein Betrag, über den der Stadtrat in eigener Kompetenz verfügen kann – hatte der Gemeinderat lediglich über die Abschreibung der Motion zu befinden. Aus Sicht der AL hat der Stadtrat denn auch gar keine Motionsantwort geliefert, sondern den Vorstoss bloss wie ein Postulat behandelt.

In der Folge entstand ein Durcheinander – es ging darum, dass die einen den Bericht des Stadtrats zustimmend, andere ablehnend und wieder andere gar nicht zur Kenntnis nehmen wollten, während eine vierte Gruppe befand, es gebe ja gar keinen Bericht zur Kenntnis zu nehmen, sondern eben lediglich die Motion als erledigt abzuschreiben. Was Ansichtssache ist: Der Stadtrat beantragte in seiner Vorlage lediglich die Abschreibung der Motion, doch aus der Kommission wurden nun mal die genannten Änderungsanträge bezüglich «Bericht betreffend Pilotprojekt für das Ausstellen von «sozialen Rezepten» in den städtischen Gesundheitsinstitutionen» gestellt.

Schliesslich sprachen sich in der ersten Abstimmung SP und Grüne (mit 53 Stimmen) für eine zustimmende Kenntnisnahme des Berichts aus, AL, SVP und FDP (51 Stimmen) für die ablehnende Kenntnisnahme, und die GLP lehnte beide Arten der Kenntnisnahme ab. In der zweiten Abstimmung sprachen sich SP, Grüne und Mitte-/EVP für zustimmende (61), AL, SVP und FDP für ablehnende (41) Kenntnisnahme aus, und die GLP enthielt sich der Stimme.

Mit einem Änderungsantrag verlangten SP, Grüne und AL sodann noch, dass die Motion nicht abgeschrieben werden und dem Stadtrat eine Nachfrist von sechs Monaten eingeräumt werden solle, «zur Unterbreitung der mit der Motion verlangten Vorlage». Hier setzten sich die drei Fraktionen mit 62 gegen 56 Stimmen durch, ebenso in der Schlussabstimmung bezüglich Kenntnisnahme des Berichts und mit 62 gegen 56 Stimmen für Nichtabschreibung und Nachfrist.

## Aufruf zum Wählen/Mobilisieren

Vor einiger Zeit bin ich auf einen anschaulichen und, wie ich meine, treffenden Vergleich gestossen: Politische Parteien (oder Politiker:innen) sind keine Taxis, die mich genau dort abholen, wo ich stehe, und genau dorthin bringen, wo ich hinmöchte. Politik ist wie öV-fahren. Ich gehe an den nächstgelegenen Bahnhof und besteige jenen Zug, der mich am nächsten an mein Ziel bringt.

Für den zweiten Ständeratssitz im Kanton Zürich stehen zwei Züge bereit: Tiana Moser und Gregor Rutz. Der Rutz-Zug kommt für mich als Linke freilich nicht infrage. Nicht annähernd fährt er in die von mir gewünschte Richtung. Zugegeben: Auch der Bahnhof des Moser-Zugs liegt nicht ganz ums Eck und er fährt auch nicht ganz so nah an mein Ziel. Aber nahe genug, dass sich für mich die Fahrt lohnt.

Ich freue mich, dass die Delegierten der SP Kanton Zürich vorletzte Woche Tiana Moser einstimmig zur Wahl in den Ständerat empfohlen haben. Doch das reicht nicht. Wir linken Kräfte müssen unsere Mitglieder, unsere Wähler:innen und unser privates Umfeld für den zweiten Wahlgang mobilisieren. Wenn das linke Wähler:innensegment am 19. November der Urne fernbleibt,

dann wird Gregor Rutz gewählt. Das kann definitiv nicht in unserem Interesse sein. Nicht wählen ist somit keine Option. Zurücklehnen und keinerlei Mobilisierung betreiben auch nicht.

Petra Röthlisberger, Co-Präsidentin SP Zürich 9

## Das Hochhaus gehört nicht mehr länger zum urbanen Besteck

*Leserbrief zum Gespräch mit Gerald Kössl mit dem Titel «Wien als Vorbild: Das kann Zürich von Österreichs Hauptstadt lernen» im P.S. vom 3. November*  
Der Wiener Wohnungsbau der Zwanzigerjahre beeindruckt, ebenso der von Zürich unter Emil Klöti zu ähnlicher Zeit. Heute scheinen wir den Weg nicht mehr richtig zu finden. Das hat am einen Ende mit der Regierung unserer Stadt selbst zu tun, was hier zur Sprache kommen soll. Solange Hochhäuser gefördert werden, werden damit bezahlbare Wohnungen verhindert. Diese Bauform der Stapelung in die Höhe ist 20–40 Prozent teurer als der bisherige urbane Flachbau (4–6 Etagen). Ähnlich verhalten sich die Mieten. Dazu kommt, dass an Orten, wo Hochhäuser errichtet werden, der bezahlbare Wohnungsbau ausbleibt. Eigentlich interessiert diese Bauform nur Investoren und

Grossimmos, weil pro Quadratmeter Wohnfläche mehr Kapital platziert werden kann. Das ist ein Selbstläufer, der nicht im Interesse der Bevölkerung liegt. Doch die Knappheit sorgt dafür, dass dieses Geschäftsmodell trotzdem funktioniert.

Hier könnte der Stadtrat eingreifen und die ungünstige Allokation von Kapital korrigieren, indem die Hochhauszonen und -leitbilder einstweilen ausgesetzt werden. Neuerdings gibt es auch gewichtige klimatische Gründe, die für den urbanen Flachbau sprechen. Wegen der Dichte muss man keine Bedenken haben, denn die grössten Baudichten Europas finden sich mit Paris und Barcelona im urbanen Flachbau. In Paris sind es die berühmten 5 ½ Etagen. Paris hat die 4-fache Dichte von Zürich. Das in der 1. Mai-Beilage (zum P.S. vom 28. April) bereits erwähnte Forschungspapier «Decoupling density from tallness...» der Universitäten Cambridge und Boulder Colorado sagt aus, dass zunehmende Bauhöhe bezüglich CO<sub>2</sub>-Emissionen ungünstig ist. Unsere Stadt wird mit ihren Klimazielen ohnehin nicht um diese Tatsache herumkommen. Wenn im gleichen Zug Mieten bezahlbarer werden, ist wohl klar, dass das Hochhaus nicht mehr länger zum urbanen Besteck gehört.

Heinz Oeschger, Zürich

## WOHNDEMO



Laut Organisationskomitee gingen rund 5000 Menschen am vergangenen Samstag anlässlich der grossen Wohndemo für bezahlbaren Wohnraum und gegen unsoziale Wohnbaupolitik auf die Strasse – trotz widriger Witterung. Es wird immer wie mehr klar, dass die Stadtbevölkerung die steigenden Mietpreise und die horrenden Zustände auf dem Immobilienmarkt nicht einfach so hinnimmt. Da nützt auch alle Marktanhimmelung von Rechts, dass jener das schon regeln werde, auch nicht viel. Indes, so heisst es beim OK, wird die Verdrängung weiter vorangetrieben, der Subkultur wortwörtlich der Boden entzogen, Profit weiter maximiert. Viele haben genug. *sca.* (Bild: Lara Blatter)

## 20 neue Stadtwohnungen

Erfreuliche Neuigkeiten für die Bewohner:innen der Forchstrasse 114-120: Wie der Stadtrat am Mittwoch mitteilte, hat sich die Stadt Zürich im Wettbieten um die Liegenschaft beim Hegibachplatz gegen ihre Mitbewerber durchgesetzt. Kostenpunkt für die 20, sich in einem «ordentlichen» Zustand befindlichen Wohnungen: Knapp 29 Millionen Franken. Die Akquisition leistete einen Beitrag zum städtischen Ziel, den gemeinnützigen Teil des Mietwohnungsbestandes bis 2050 auf ein Drittel zu heben, heisst es in der Mitteilung weiter. Anfang Jahr (siehe P.S. Nr. 09/23 vom 10. März) liess die Besitzerin, die Huber-Graf und Billeter-Graf Stiftung, die Liegenschaft als «einmalige Gelegenheit für Investoren» zum Verkauf ausschreiben – zur grossen Sorge der Mieter:innen, die mittels Petition die Stadt zum Handeln aufforderten: «Eine neue Eigentümerschaft könnte die bestehenden Mietverhältnisse im Hinblick auf eine Sanierung der Häuser jederzeit aufkündigen», hielten sie im Februar in einem Schreiben fest. Dazu kommt es glücklicherweise nicht: «Vorderhand ist keine umfassende Instandsetzung nötig. Die 20 Wohnungen sind vollständig vermietet, die Mietpreise günstig», heisst es in der Mitteilung des Stadtrats. Das freut Links bis Grün: Der AL-Alt-Gemeinderat Mischa Schiwow, der die Mieter:innen in ihrem Widerstand unterstützt hat, spricht von «grosser Genugtuung» und einem «ermutigenden Zeichen gegen Gentrifizierung und Verdrängung». Die gemeinsame Mobilisierung habe zum ersten Mal Früchte getragen. Auch die Stadtzürcher Grünen sind gemäss Medienmitteilung «sehr erfreut» über die fortgesetzte Kaufoffensive der Stadt. Mit dem Erwerb würden erneut Wohnungen und Gewerberäume dem gewinnorientierten Markt entzogen. *tim*.

## Quartierpark für Zürich-West

Der Zürcher Stadtrat plant auf einem Teil des Areals der ehemaligen Kehrrechtverwertungsan-

lage Josefstrasse einen neuen Quartierpark. Dies hat er nach der Sitzung des Stadtrats vom Mittwoch bekanntgegeben. Der neue Quartierpark hat eine Fläche von rund 2000 m<sup>2</sup>. Geplant ist eine einfache und robuste Gestaltung mit einem alterungsfähigen Baumbestand. Die Nutzung soll in einem begleiteten Partizipationsprozess mit der Bevölkerung festgelegt werden. Auf den angrenzenden Baufeldern des Josef-Areals plant die Stadt bis 2032 Hochbauten mit einem vielseitigen Nutzungsangebot. Diese Pläne werden unabhängig vom Quartierpark weiterentwickelt (P.S. berichtete). Dank der frühzeitigen Bepflanzung ab Ende 2024 kann bis zum Bezug der Hochbauten ein qualitativvolles Stück Stadtnatur entstehen. Für die Entwicklung und Anlage des Quartierparks im Josef-Areal bewilligt der Stadtrat Ausgaben von rund 1,9 Millionen Franken bis 2029. *mlm*.

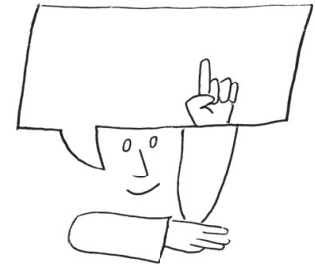
## Entlassungen bei CH Media

Das Medienunternehmen CH Media gab am Mittwoch bekannt, dass es aufgrund von starken Umsatzeinbussen 150 Vollzeitstellen abbauen will. Von den Sparplänen sind alle Bereiche des Unternehmens betroffen. Damit ist fast jede zehnte Stelle betroffen. Die Gewerkschaft Syndicom kritisiert diese Entlassungen scharf. Stephanie Vonarburg, Vizepräsidentin und Leiterin des Sektors Medien meint: «CH Media muss auf diese Entlassungen verzichten und ihre gesetzliche Pflicht und soziale Verantwortung gegenüber den Mitarbeitenden wahrnehmen. Es kann nicht sein, dass wieder auf Kosten so vieler Mitarbeitenden gespart wird. Die gesamte Medienbranche steht bereits unter enormen Druck, darunter leidet letztendlich auch die Qualität der Berichterstattung.» Syndicom wird die Betroffenen unterstützen. Vor Kurzem hatte der Medienkonzern Tamedia bereits einen Personalabbau verkündet. Für Journalist:innen wird die Lage immer schwieriger. *mlm*.

## Senkung der Radio- und TV-Abgabe

Die nächste Entlassungswelle wird wohl die SRG erfassen. Denn der Bundesrat hat am Mittwoch beschlossen, dass er zwar die Halbierungsinitiative ablehnen wird, aber dennoch die Gebühren senken will. Die Halbierungsinitiative will die Gebühren auf 200 Franken senken. Das hätte laut Bundesrat Folgen auf das publizistische Angebot und auf die regionale Verankerung der SRG. Aber der Bundesrat will jetzt die Gebühren von heute 335 auf 300 Franken senken. Der Bundesrat teilt das Anliegen der Initiant:innen, dass man Firmen und Haushalte entlasten solle. Gar keine Abgabe mehr zahlen sollen zudem rund 60 000 Unternehmen mit einem steuerpflichtigen Jahresumsatz von bis zu 1,2 Millionen Franken. Heute liegt die Grenze für die Abgabenbefreiung bei 500 000 Franken Umsatz. Laut Bundesrat Rösti würde dies das SRG-Budget um 170 Millionen Franken reduzieren. Dies entspricht rund 10 Prozent des Gesamtbudgets. *mlm*.

## KOMMENTAR



## Tendenziös mit Fakten

Der Artikel «Wie ein mächtiger Männerclub FDP-Kandidatin Regine Sauter absägte» im «Tages-Anzeiger» ist ein Beispiel, wie man mit korrekten Fakten und Recherchen ein ziemlich falsches Bild zeichnen kann, das erst noch eine «arme» Frau zum Opfer mächtiger Männer macht. Den Herrenclub, das Forum Zürich, bei dem Robert Gubler die Fäden zieht und Werner Scherrer vom Gewerbeverband und Hans Egloff vom Hauseigentümergebieterverband ihn kräftig unterstützen, versucht mit recht viel Geld und Bedingungen seit jeher, die Wahlen in Stadt und Kanton Zürich für die bürgerlichen Parteien zu steuern. Neben dem Geld besteht seine Stärke darin, dass die bürgerlichen Parteien nicht in der Lage sind, sich ohne Mediation oder finanziellem Zwang zu einigen. Zumindest FDP-Präsident Hans-Jakob Boesch ist überzeugt, dass seine Ständeratskandidatin Regine Sauter durch das Forum um die Chance eines zweiten Wahlgangs gebracht wurde. Leider habe ich es nie geschrieben, aber durchaus gesagt: Bereits mit der Wahl von Regine Sauter zur Ständeratskandidatin hat die FDP auf ihren jahrzehntelangen Zürcher Sitz im Ständerat faktisch verzichtet. Regine Sauter repräsentiert als Direktorin der Zürcher Handelskammer und mit ihrer politischen Ausrichtung und ihrem Stil den Wirtschaftsfreisinn in Reinkultur. Das ist keineswegs ehrenrührig, aber mit einer 15-Prozent-Partei als Basis alles andere als mehrheitsfähig. Es gibt für SVP-Wähler:innen kaum einen Anreiz (migrations-skeptisch ist sie nicht), sie zu wählen, für die Linken ebenso wenig und die Umweltbewussten haben in Tiana Moser eine Alternative. Regine Sauter schnitt in den Wahlen am 22. Oktober auch bei den Eigenen mässig ab. Ohne FDP-Brille war am Montag klar, dass sie es im zweiten Wahlgang nicht schaffen kann. Das Forum sprach diese Banalität offensichtlich etwas grob aus. Gregor Rutz (SVP) hat die grösere Hausmacht, findet auch bei Freisinnigen und Mitte Akzeptanz und hat somit die grösseren Wahlchancen. Das ist nicht die Schuld eines Männerclubs, der so mächtig, wie er eingeschätzt wird, gar nicht ist. **Koni Loepfe**

## IMPRESSUM

P.S., die linke Zürcher Zeitung, Auflage: 2450 Ex.

**Herausgeber:** P.S. Verlag, Hohlstr. 216, 8004 Zürich

**Druck:** CH Media Print AG, St. Gallen.

**Redaktion:** Min Li Marti (mlm.), Tel. 044/241 07 60 (Politik), Nicole Soland (nic.), Tel. 044/241 07 60 (Politik/Produktion), Thierry Frochoux (froh.), Tel. 044/240 44 25 (Kultur/Produktion), Tim Haag (tim.) (Volontariat).

**Mitarbeit:** Koni Loepfe (kl.), Tel. 044/241 06 70, Peter Weishaupt (pw./Korrektorat), Hans Steiger (haste), Tobias Gerosa (tg.), Arthur Schächli (as.), Hermann Koch (hk.), Matthias Erzinger (me.), Angela Bernetta (net.), Roxane Steiger (rst.), Sergio Scagliola (sca.).

**Inserate/Abos:** Anna Hug, Iris Wehrli, Tel. 044/241 07 60. anzeigen@pszeitung.ch, aboservice@pszeitung.ch.

redaktion@pszeitung.ch, www.pszeitung.ch, PC-Konto: 87-569389-2  
Erscheint seit Februar 1999 wöchentlich

**Abopreis:** Fr. 230.– (Gönner:innen: ab 300.–), enthält 10 x jährlich die Musikzeitung LOOP. Separat-Abo: 33.–, www.loopzeitung.ch

«Sandra Hüller ist brillant.»  
The Hollywood Reporter

«Die spannende Autopsie eines Paares – schonungslos und kristallklar.»  
Libération

«Ein atemberaubendes Meisterwerk.»  
The Playlist

SANDRA HÜLLER SWANNARLAUD MILO MACHADO GRANER

# ANATOMIE D'UNE CHÛTE

ANATOMIE EINES FALLS

EIN FILM VON JUSTINE TRIET

**JETZT IM KINO**

FLAM COOP

## Lösungswort Oktoberrätsel: GEISTERFAHRER

**Waagrecht:** 7. DEMENTSPRECHEND dement sprechend 11. VERGANGENHEITSFORM 19. SAEER Säer 20. KOALA 21. OPAL 22. NOTRUF Mayday 23. URBI et orbi 24. TEESIEB 25. RAFFEN 26. METAPHER 29. TENNE 30. SDA Schweizerische Depeschen Agentur 31. NAPF 32. ARIE 33. LAUTE 34. EGAL Lage 36. EFEU 37. PERU Perugia 38. Johnny GUITAR 39. EOS griech. Entsprechung von Aurora 40. ERBEN 41. NEKTAR 42. SPRAGELDER der Spargel

**Senkrecht:** 1. ZERSTREUUNG 2. GEAEUFNET geüfnet 3. AT Altes Testament 4. ERHABEN 5. WESPE 6. IDOL 7. DEMONTAGE 8. SEKUNDAER 9. CIA 10. PRUEDERIE 12. GARANTIE 13. NEFFE Nepotismus 14. GRIESGRAM 15. NORMALOS 16. ELITAER 17. TOEPFER engl. potter 18. FASERPELZ 24. TAPFER 27. HAUBE 28. Je ne regrette RIEN 34. EAT Eat Pray Love 35. ESPE zittern wie Espenlaub

2 Kinogutscheine für Nuri Bilgen Ceyans («Winter Sleep») neuen Film «About Dry Grasses» (ab dem 16.11. im Kino/197 Minuten) gewonnen hat: Helen Murbach, Zürich. [www.trigon-film.org](http://www.trigon-film.org)

2 Eintritte für die aktuellen Ausstellungen im Haus Konstruktiv, Zürich gewonnen hat: Peter Ramsauer, Oberwil b. Zug. [www.hauskonstruktiv.ch](http://www.hauskonstruktiv.ch)

# Winterbücher

NÄCHSTE WOCHE MIT ZUSÄTZLICHEN 24 SEITEN BÜCHERTIPPS.

[WWW.PSZEITUNG.CH/ABO](http://WWW.PSZEITUNG.CH/ABO)

**p.s.**  
DIE LINKE ZÜRCHER ZEITUNG

## OPER THEATER KONZERT

Werben auch Sie hier für Ihre Veranstaltung:  
[kulturmagnet.live](http://kulturmagnet.live)

### OPERNHAUS ZÜRICH

044 268 66 66, [opernhaus.ch](http://opernhaus.ch)  
Fr 10. Nov, 19.00, Opernhaus  
**Nachtträume**  
Ein Stück von Marcos Morau  
Sa 11. Nov, 19.00, Opernhaus  
**Rachmaninow**  
2. Philharmonisches Konzert  
So 12. Nov, 15.00, Opernhaus  
**Götterdämmerung**  
Oper von Richard Wagner

### THEATER

### SCHAUSPIELHAUS ZÜRICH

044 268 77 77, [schauspielhaus.ch](http://schauspielhaus.ch)  
Fr 10. Nov, 20.00, Pfauen. **Der Besuch der alten Dame** von Friedrich Dürrenmatt  
Sa 11. Nov, 20.00, Pfauen. **Johanna** nach Die Jungfrau von Orleans von Friedrich Schiller. 21.30, Schiffbau-Matchbox  
**Offene Bühne**  
So 12. Nov, 17.00, Pfauen. **Schneewittchen Beauty Queen** von Nicolas Stemann, nach den Gebrüdern Grimm

### THEATER AM HECHTPLATZ

044 415 15 15, [theaterhechtplatz.ch](http://theaterhechtplatz.ch)  
Sa 11. Nov, 19.30. **Leni Plüchli**

So 12. Nov, 18.00. **Massimo Rocchi**

Di 14. & Mi 15. Nov, 19.30

**Michael von der Heide**

Do 16. - Sa 18. Nov, 19.30 /

So 19. Nov, 18.00. **Starbugs Comedy**

### KONZERT

### TONHALLE-ORCHESTER ZÜRICH

044 206 34 34, [tonhalle-orchester.ch](http://tonhalle-orchester.ch), Tonhalle Zürich

Fr 10. Nov, 19.30, TZ

**Gianandrea Noseda** Leitung

**Francesco Piemontesi** Klavier

Rachmaninow

Sa 11. Nov, 19.00, Opernhaus

**Rachmaninow-Zyklus** Philharmonia Zürich;

Paavo Järvi, Leitung;

Francesco Piemontesi, Klavier

Rachmaninow

So 12. Nov, 11.15, TZ

**Kammermusik-Matinee**

Streicher\*innen des TOZ

Haydn

### MADRIGALCHOR WETZIKON

[www.madrigalchor.ch](http://www.madrigalchor.ch)

So 12. Nov, 17.00, Augustinerkirche Zürich

**Jesu, meine Freude** Schein, Schelle,

Kuhnau, Brahms, J.S. Bach

Chasper-Curò Mani, Leitung

### DER GEMISCHTE CHOR ZÜRICH

[www.gemischter-chor.ch](http://www.gemischter-chor.ch)

Sa 11. Nov, 19.30, Tonhalle Zürich

**Benjamin Britten: War Requiem** Susanne

Bernhard, Sopran; Thomas Mohr, Tenor;

Markus Eiche, Bariton; Der Gemischte

Chor Zürich, Basler Bach-Chor; Basler

Knabenantorei; Basel Sinfonietta,

Leitung: Joachim Krause

Werkeinführung: 18.45 Kleine Tonhalle

### LUCERNE CHAMBER CIRCLE

0900 585 887 (Mo-Fr 10.30-12.30, CHF1.20/Min), [swissclassics.ch](http://swissclassics.ch)

Fr 17. Nov, 19.30, KKL Luzern, Konzertsaal

**Jakub Orliński: Beyond Baroque**

Der Star-Countertenor hat zusammen

mit "il Pomo d'Oro" Raritäten des

Frühbarocks und der Spätrenaissance

ausgegraben - Gänsehaut ist garantiert!



### KONZERTCHOR HARMONIE ZÜRICH

[www.konzertchor.ch](http://www.konzertchor.ch)

Sa 11. Nov, 19.30, Grosse Kirche

Fluntern, Zürich

**Martin Palmeri: Misa Tango** Peter Kennel,

Leitung; A. Martínez, Sopran; A. Cho,

Klavier; E. García, Bandoneon

### MUSIK. KUNST. JOHANNESKIRCHE

044 275 20 10, [www.johannes-kirche.ch](http://www.johannes-kirche.ch)

Fr 10. Nov, 12.15, Johanneskirche

**Lunchtimekonzert** Barocke Kantaten von

Dieterich Buxtehude

Leitung: Marco Amherd. Eintritt frei

### PACIFIC QUARTET VIENNA

[pacificquartet.com](http://pacificquartet.com)

So 12. Nov, 17.00, Kirche St. Peter

**Zürcher Kammerkonzerte** Werke aus

J. Haydn Streichquartett-Zyklus op. 33

### ZÜRCHER BACH CHOR

[www.zbc.ch](http://www.zbc.ch)

So 12. Nov, 19.00, Tonhalle Zürich

Frank Martin: **In terra Pax**

Anton Bruckner: **Te deum**

# Der umfassendste Kulturwegweiser am Platz.

[WWW.PSZEITUNG.CH/ABO](http://WWW.PSZEITUNG.CH/ABO)



# Zu alt?

In rund einem Jahr sind US-amerikanische Wahlen. So wie es aussieht werden sich wieder Joe Biden und Donald Trump gegenüberstehen. Vor einigen Tagen veröffentlichte die «New York Times» eine Umfrage aus den sogenannten Swing States, also aus jenen Staaten, die voraussichtlich das Rennen entscheiden werden. In fünf dieser sechs Staaten liegt in dieser Umfrage Trump vor Biden. Dies teilweise sogar deutlich: So in Nevada (Zahlen in Prozent: Trump 52, Biden 41) und Georgia (Trump 49, Biden 43). Aber auch in Arizona, Michigan und Pennsylvania liegt Trump vorn. Einzig in Wisconsin hat Biden einen kleinen Vorsprung (47 zu 45). Probleme hat Biden insbesondere bei den Jungen, vor allem bei den unter Dreissigjährigen. Diese Probleme könnten sich durch den Nahostkonflikt noch akzentuieren. Ebenfalls gefallen ist seine Beliebtheit bei afroamerikanischen Wähler:innen und bei Latino:as, wobei diese immer noch mehrheitlich Biden wählen, ebenso wie die Frauen. Inhaltlich trauen die Wähler:innen Trump weit mehr zu, wenn es um die Wirtschaft geht, genauso wie in der Sicherheits- und Aussenpolitik. Beides ist nicht ganz unerklärlich, auch wenn man meinen könnte, dass man in einer Situation mit vielen internationalen Krisen doch jemanden an der Spitze haben möchte, der einigermaßen vernünftig mit diesen umgehen kann. Dass es in Zeiten höherer Unsicherheit aber einen Trend zu rechten Parteien gibt, haben wir schliesslich auch in der Schweiz gesehen. Bei der Wirtschaft ist es vor allem die Inflation, die Biden zu schaffen macht. Andere ökonomische Indikatoren wie etwa die tiefe Arbeitslosigkeit sollten eigentlich für Biden sprechen. Auch die Inflation sinkt. Nur sind die Preise nach wie vor hoch. Die Leute erinnern sich zudem offensichtlich recht selektiv an die Trump-Jahre. Aber sie sind der Meinung, dass es ihnen damals wirtschaftlich besser ging. Einzig bei der Abtreibung kann Biden punkten, die Frage ist

## Die Leute erinnern sich offensichtlich recht selektiv an die Trump-Jahre.

aber weniger entscheidend als die Wirtschaftslage. Sein Hauptproblem ist aber ein anderes. Eines, das sich in den nächsten Monaten nicht ändern wird: Es ist das Alter. 71 Prozent der Wähler:innen finden ihn schlicht zu alt für den Job. Und da Biden in diesem Monat seinen 81. Geburtstag feiern wird, ist diese Sorge nicht ganz so einfach von der Hand zu weisen. Nun ist Donald Trump mit 77 Jahren auch kein Jungspund. Aber offensichtlich scheint das Alter bei ihm weniger ein Thema zu sein.

Die «New York Times»-Umfrage ist kein Ausreisser, sondern reiht sich ein in eine Serie ande-

rer Umfragen, in denen Trump vor Biden liegt. Bidens Popularitätswerte sind seit zwei Jahren im Keller. Dass dies bei der demokratischen Partei für Unruhe sorgt, liegt auf der Hand. Zumal es auch weitere Kandidaturen von Drittparteien gibt oder geben könnte, die ihn Stimmen kosten könnten. So kandidiert der Impfgegner Robert Kennedy Jr. als Unabhängiger für die Präsidentschaft. Er ist der Sohn von Robert Kennedy, der in der Präsidentschaft John F. Kennedys Justizminister war, und selber für die Präsidentschaft kandidierte, bevor er das Opfer eines Attentats wurde. Auch wenn die übrige Kennedy-Familie keine Freude an der Kandidatur ihres Verwandten zeigt, könnte sein klingender Name Biden durchaus Stimmen kosten. Wobei es auch Umfragen gibt, die zeigen, dass er auch Trump Stimmen abnimmt, da er mit seinem Hang zu Verschwörungstheorien hier durchaus ein Elektorat findet. Für die Grüne Partei tritt der Philosoph Cornel West an, der einst ein grosser Unterstützer von Bernie Sanders gewesen ist. Offen ist, ob die Gruppierung «No Labels», die sich zwischen den beiden Parteien positionieren will, ebenfalls antreten will. Hartnäckige Gerüchte besagen, dass sich der konservative demokratische Senator Joe Manchin eine Kandidatur überlegt. Biden selbst hat zwei Herausforderer innerhalb der demokratischen Partei: Zum einen die Esoterikerin Marianne Williamson und neu auch der Kongressabgeordnete Dean Phillips aus Minnesota. Beide werden chancenlos sein. Ganz unbestritten ist Biden allerdings intern nicht. Der ehemalige Obama-Berater David Axelrod hatte in einem vielbeachteten Post auf «X/Twitter» zu verstehen geben, dass Biden sich überlegen soll, ob sein Wiederantreten wirklich im besten Interesse des Landes ist.

Ich hätte es vor vier Jahren vorgezogen, wenn die Demokraten jemand anderes nominiert hätten. Biden hat sich aber als erstaunlich effektiver Präsident herausgestellt. Es ist daher nicht ganz einsichtig, warum seine Beliebtheitswerte dermassen schlecht sind. Zum Beispiel sorgt sein «Inflation Reduction Act» für grosse Investitionen in den Klimaschutz und gleichzeitig werden jene Arbeitsplätze in Produktion und Herstellung geschaffen, die lange vermisst wurden. Auch aussenpolitisch hat er weltweit einiges Vertrauen wiederhergestellt, das in den Trump-Jahren verloren gegangen ist. Dass Trump nicht viel von Demokratie hält, war nach seinen verlorenen Wahlen offenkundig, spätestens seit seine Anhänger am 6. Januar 2021 das Kapitol gestürmt hatten. Die «New York Times» hat auch enthüllt, welche Pläne Trump und sein Team nach einem Wahlsieg bereithalten. Er will zum einen die Justiz instrumentalisieren, um gegen seine politischen Gegner und auch gegen seine eigenen abgefallenen einstigen Getreuen vorzugehen. Als wäre das nicht bananenrepub-

likig genug, liegen auch Pläne vor, wie die Armee eingesetzt werden kann, um gegen Anti-Trump-Demonstrationen vorzugehen.

Das Problem: Dies bekommt eine breite Öffentlichkeit gar nicht mit. Weil das Mediensystem nicht mehr richtig funktioniert, weil ganz viele gar keine «richtigen» Medien mehr konsumieren. Das gilt gerade für die Jungen. Nun ist Biden wirklich ein alter Mann. Und tatsächlich erinnert zuweilen das amerikanische Politführungspersonal an die Gerontokratie des sowjetischen Politbüros in den 1980er-Jahren. Das wird allerdings verstärkt, wenn man in Sozialen Medien nur noch Ausschnitte mitbekommt, in denen Biden tattriger und seniler wirkt, als er es real auch ist. Hier ist es ein schwacher Trost, wenn man sieht, dass Trump auch den einen oder anderen Aussetzer hat, wie wenn er Barack Obama und Hillary Clinton ver-

## Aber die Auswahl zwischen zwei vermeintlich senilen Kandidaten wird die Begeisterung fürs Wählen und die Demokratie nicht stärken.

wechselt oder Viktor Orban für den Präsidenten der Türkei hält. Aber die Auswahl zwischen zwei vermeintlich senilen Kandidaten wird die Begeisterung fürs Wählen und die Demokratie nicht stärken.

Etwas Grund für Optimismus könnte den Demokraten die Resultate von verschiedenen ausserordentlichen Wahlen und Volksabstimmungen liefern. In Virginia beispielsweise konnten die Demokraten in beiden Kammern des Parlaments die Mehrheit übernehmen und in Ohio haben die Bürger:innen deutlich zugestimmt, dass Abtreibung legal bleibt. In Kentucky konnte der demokratische Gouverneur seinen Sitz verteidigen. Auch bei anderen solchen Wahlen hat sich gezeigt, dass die Demokraten besser abschneiden als in den Umfragen und auch besser mobilisieren. Das könnte ihnen dann auch in einem Jahr die Wahl sichern. Es gibt dazu schlicht keine andere Alternative.



Min Li Marti

# Stipendien gegen den Stellenverlust

**Die Stadt Zürich ist mit den neu eingeführten Arbeitsmarktstipendien für Personen, die sich in einer beruflich prekären Situation befinden, zufrieden. Nach zehn Monaten zieht das Sozialdepartement Zwischenbilanz.**

Die junge somalische Mutter, die Teilzeit im Hort arbeitet und einen Deutschkurs besuchen muss, um eine Lehre als Betreuungsfachfrau machen zu können, der Kurier, der sich zum Lastwagenchauffeur weiterbilden lassen will, um familienfreundlichere Arbeitszeiten zu haben oder die lateinamerikanische Pflegehelferin mit 20 Jahren Berufserfahrung in der Schweiz, die einen anerkannten Berufsabschluss und die damit verbundene Lohnsicherheit anstrebt. Ihnen und 62 anderen Personen, die sich sonst keine beruflichen Weiterbildungen leisten könnten, hat die Stadt Zürich seit Anfang Jahr sogenannte Arbeitsmarktstipendien gesprochen. Nach zehn Monaten zog Sozialvorsteher Raphael Golta am Montag ein erstes Zwischenfazit. «Wir haben dieses Instrument auf der grünen Wiese entwickelt, es ist eine einzigartige Ergänzung zum klassischen, in der Schweiz verbreiteten Stipendienwesen.» 120 Gesuche sind bisher eingegangen, 85 davon angenommen oder noch in Bearbeitung, der Rest abgelehnt. Die durchschnittliche Stipendienhöhe liegt bei 6900 Franken, insgesamt wurden rund 450 000 Franken gesprochen.

Wieso braucht es das? Die Statistik zeige, erklärt Golta, dass Menschen ohne höheren Berufsabschluss von verschiedenen Faktoren, die ihr Weiterkommen in der Gesellschaft erschweren, besonders betroffen seien: «Ohne angemessene

Ausbildung steigt das Risiko des Stellenverlusts, und wenn ein Einkommen vorhanden ist, ist es teilweise nicht existenzsichernd.» Ergo sei es ein Armutsrisiko, entsprechende Ausbildungen nicht mitzubringen. Dazu kommt, dass sich Personen mit tiefem Bildungsabschluss tendenziell weniger weiterbilden. «Die schwierigen Startbedingungen dieser Personen werden also im Lauf der Karriere eher schlechter, als dass sie besser werden.» Ein Grund dafür sei, dass Betroffene sich diese Weiter-

antrag, um im Büro neue Aufgaben übernehmen zu können. Weil für ihn keinerlei Gefährdung auf dem Arbeitsmarkt bestehe, wurde das Gesuch abgelehnt, so Golta. Er betont aber, dass auch Gesuche von Hochschulabsolvent:innen genehmigt werden, wenn sie denn die Bedingungen dazu erfüllen.

Das ist auch in der Statistik ersichtlich: 32 Prozent der Gesuchsteller:innen haben einen Abschluss auf Tertiärstufe. 22 Prozent haben nur die obligatorische Schule abgeschlossen, 26 Prozent verfügen über einen «anderen Abschluss», beispielsweise einen ausländischen, der in der Schweiz nicht gültig ist. Mit diesen Zahlen habe man die Kernzielgruppe erreicht, lautet das Fazit Goltas. Müsste die Quote der Personen mit tiefem Bildungsgrad denn nicht höher sein? Jein, findet der Sozialvorsteher. «Es ist klar, dass wir noch nicht alle Personen erreicht haben, die wir gerne erreichen würden. Aber wenn man sich anschaut, welche Personen aus welchen Bildungsgraden traditionell Weiterbildungen besuchen, dann sieht man, dass uns eine ziemliche Verschiebung gelungen ist.» Für den Start eines solchen Instruments seien die Zahlen aber gut, vor allem, wenn man bedenke, dass viele Personen mit tiefem Bildungsgrad schwerer zu erreichen sind. Das zeigen auch die Zahlen der kostenlosen Laufbahnberatung des Bundes für Personen ab 40 Jahren («Viamia»), die vom tief qualifizierten Publikum prozentual unterdurchschnittlich besucht wird. «Es ist ein Bergaufrennen, das wir hier führen müssen», resümiert Golta.

Und wie geht das Rennen weiter? «Ich gehe davon aus, dass die Zahl der Gesuche ansteigen wird, sobald das Angebot bekannter ist», sagt Golta. Bis auf weiteres ist auch noch spatzig für eine ganze Welle von Gesuchen da: Für die Stipendien sind bis zu 5 Millionen Franken pro Jahr gesprochen. *tim.*

**«Es ist ein Armutsrisiko, entsprechende Ausbildungen nicht mitzubringen»**

Sozialvorsteher Raphael Golta (SP)

bildungen bzw. den damit verbundenen Erwerbsausfall schlicht nicht leisten können. Deshalb finanzieren die Arbeitsmarktstipendien nicht nur die unmittelbaren Kursgebühren, sondern erstrecken sich auch auf den Erwerbsausfall und allfällige Kinderbetreuung während der Weiterbildung. Gesuche werden bewilligt, wenn die berufliche Situation der Antragsteller gefährdet ist und die beantragte Weiterbildung dazu beitragen kann, diese Gefahr zu mindern.

**Auch Hochschulabsolvent:innen dürfen sich bewerben**

Von diesen eindeutigen Regeln lassen sich einige – insgesamt 36 – Frechdächse und Optimistinnen nicht aufhalten: So stammt eines der anonymisierten Gesuche, die Golta am Montag vorstellt, von einem ETH-Architekten und Projektleiter, der die Finanzierung eines CAS in Raumplanung be-

Cartoon by Roman Prelicz



## Unbedingt nochmals an die Urnen!

Die nationalen Wahlen 2023 sind bereits Geschichte und der politische Alltag hat uns wieder voll im Griff. Wir können zufrieden sein, denn die SP Kanton Zürich legte sensationelle 3,8 Prozent zu und gewinnt einen

**Für die SP ist es eine Selbstverständlichkeit, Tiana Moser zu unterstützen. An der Delegiertenversammlung vor zwei Wochen wurde diese Unterstützung auch einstimmig beschlossen.**

Sitz im Nationalrat. Mit Anna Rosenwasser und Islam Alijaj bekommt die Bundeshausfraktion nun zwei neue Mitglieder, die für viele Menschen wichtige Vorbilder sind und viel dazu beitragen können, dass es bei der Gleichstellung in der Schweiz endlich vorwärts geht. Möglich gemacht haben diesen Erfolg unsere unvergleichlich aktiven Mitglieder und Freiwilligen, aber auch das riesige Engagement der Kandidierenden auf der SP-Hauptliste wie auch auf den Unterlisten. Ich bin immer noch schlicht überwältigt von so viel Einsatz!

Im stark umkämpften Ständerats-Wahlkampf schaffte unser Ständerat Daniel Jositsch den «Hatrick»: Wieder klar im ersten Wahlgang gewählt, gegenüber 2019 konnte er sogar nochmals mehr als 20000 Stimmen dazugewinnen. Das Zürcher Volk vertraut ihm enorm – und ich nehme das gerne so mit in die Bundeshausfraktion! An der De-

legiertenversammlung wurde Daniel Jositsch darum auch mit grossem Mehr zur Nomination für den Bundesrat empfohlen.

Doch halt, so ganz vorbei sind die Wahlen nun doch nicht: Beim Ständerat gibt es bekanntlich einen zweiten Wahlgang. Im Rennen sind noch Tiana Moser von der GLP und SVP-Hardliner Gregor Rutz. Für die SP ist es eine Selbstverständlichkeit, Tiana Moser zu unterstützen. An der Delegiertenversammlung vor zwei Wochen wurde diese Unterstützung auch einstimmig beschlossen. Nur so lässt sich verhindern, dass Gregor Rutz den zweiten Zürcher Ständeratssitz gewinnt. Tiana Moser ist die Kandidatin, die das schaffen kann. Aber es würde zu kurz greifen und ihr nicht gerecht werden, Moser nur als Verhinderin von Rutz zur Wahl zu empfehlen. Ich kenne Tiana schon einige Jahre und kann ihr auch sonst mit vollster Überzeugung die Stimme geben. Sie ist lösungsorientiert, eine faire Teamplayerin und stellt sich nie unnötig in den Vordergrund. Als engagierte Aussenpolitikerin und überzeugte Europäerin setzt sie sich mit aller Kraft für geordnete Beziehungen zur EU ein. Auch in ökologischen sowie in Gleichstellungsfragen gibt es sehr viele Berührungspunkte. Es ist zudem auch Zeit, dass der Kanton Zürich auch durch eine junge und urbane Frau im Stöckli vertreten wird. Aber ihre Wahl ist leider kein Selbstläufer. Es braucht nun die Hilfe und Unterstützung vom geschlossenen links-grünen Lager, sonst ist Tianas Wahl nicht zu schaffen. Darum mein eindringlicher Appell: Bitte geht ein letztes Mal in diesem Jahr an die Urnen und überzeugt auch euer Umfeld davon, es geht schliesslich um viel!



Priska Seiler Graf, Co-Präsidentin  
SP Kanton Zürich

## Jetzt Tiana Moser wählen

Diese Woche ist das Couvert für den zweiten Wahlgang des Ständerats bei mir eingetroffen. Mit Daniel Jositsch hat sich die SP bereits einen Sitz gesichert. Nun gilt es zu verhindern, dass der zweite Sitz in die Hände der SVP fällt.

Wir Grüne haben gemeinsam mit Daniel Leuppi unsere Kandidatur zurückgezogen. Jetzt ist nicht parteipolitische Profilierung gefragt, sondern Zusammenhalten, damit der Kanton Zürich nicht von einem Rechtsausen-Hardliner vertreten wird. Gregor Rutz ist ein Auto- und Tabaklobbyist. Er hat in der letzten Legislatur gegen die Rechte von LGBTIQ-Menschen gestimmt, indem er die Ehe für alle sowie ein Verbot von «Konversionstherapien» abgelehnt hat. Er hat Beiträge an familienergänzende Kinderbetreuung abgelehnt und steht für ein reaktionäres Weltbild, in dem Frauen an den Herd gehören. Und im Umweltrating der letzten Legislatur erreichte er sagenhafte 3,1 Prozent – sogar Andreas Glarner schneidet besser ab.

Nun glaube ich nicht, dass P.S.-Leser:innen ernsthaft in Erwägung ziehen, Gregor Rutz in den Ständerat zu wählen. Aber es mag einige geben, welche die Nase rümpfen ob der verbliebenen Auswahl und lieber gar nicht an die Urne gehen. Das würde jedoch der SVP in die Hände spielen, welche mit der geballten Kraft der Wirtschafts- und Hauseigentümerlobby im Rücken für den Kettensägen schwingenden Rutz mobilisiert.

Mit Tiana Moser haben wir Grüne durchaus inhaltliche Überschneidungen. Beim Klima- und Umweltschutz sowie der Biodiversität vertreten wir grundsätzlich die gleichen Positionen. Zudem setzt Tiana sich für eine Weiterentwicklung des bilateralen Wegs mit Europa ein. Für den Wirtschafts- und Forschungsstandort Zürich ist dies unabdingbar. Und schliesslich at-

testieren ihr andere Ratsmitglieder, dass sie lösungsorientiert arbeitet, was ich enorm wichtig finde.

Natürlich haben wir auch Differenzen. Wenn es um soziale Anliegen oder um finanzpolitische Fragen geht, sind wir Grünen häufig nicht einer Meinung mit der GLP. Dies merke ich gerade wieder in der laufenden Budgetberatung. Jetzt müssen diese Unterschiede aber in den Hintergrund treten. Am 19. November entscheidet sich, wer den Kanton Zürich im Ständerat vertritt – Tiana Moser oder Gregor Rutz. Wer aus Protest zu Hause bleibt, weil keine linke Kandidatur mehr zur Auswahl steht, wählt indirekt den SVP-Hardliner Rutz. Ich hätte auch gerne zwei

**Wer aus Protest zu Hause bleibt, weil keine linke Kandidatur mehr zur Auswahl steht, wählt indirekt den SVP-Hardliner Rutz.**

linke Zürcher Ständerät:innen in Bern. Dem konservativen Altherrenclub, der jeglichen Fortschritt blockiert, täte das auf alle Fälle gut. Aber in der Realität lassen sich nicht alle politischen Träume verwirklichen.

Eine Majorzwahl lässt sich nur mit breiten Allianzen gewinnen – jetzt müssen alle linken Kräfte zusammenhalten. Entscheidend ist vor allem die Wahlbeteiligung, gerade bei einem 2. Wahlgang für den Ständerat. Also schnappt euch das Stimmcouvert, wählt bis zum Dienstag noch bequem brieflich, und motiviert noch mindestens eine weitere Person in eurem Umfeld!



Selma L'Orange Seigo, Co-Präsidentin  
Grüne Kanton Zürich

# «Die Mieten haben wenig mit den realen Baukosten zu tun»

Dass nachhaltiges Bauen ohne Verdrängung in Zürich möglich wäre, davon ist Architekturprofessor Stefan Kurath überzeugt. Im Gespräch mit Lara Blatter nimmt er Architekt:innen in die Mangel: Sie müssten politischer werden. Denn die Architektur könnte alles, auch die Wohnungskrise lösen.

*Ist die Wohnungskrise auch eine Architekturkrise?*

Stefan Kurath: Nein. Es ist eine Spekulations- und Bodenhandelskrise. Oft wird die Schuld den Architekt:innen zugeschrieben, aber damit haben wir weniger zu tun, als viele denken.

*Wie politisch ist der Architekturberuf aktuell?*

Leider zu wenig. Wir brauchen mehr politische Architekt:innen. Wir müssen unser Wissen, unsere Meinungen und Anliegen einbringen. Im deutschsprachigen Raum wurde das Politische explizit aus der Architekturtheorie ausgeschlossen. Das war nicht immer so. In den 1960er- und 70er-Jahren gab es eine Wende. Zuvor prägten vor allem Soziolog:innen den architektonischen Diskurs mit, und dieser war um einiges politischer. Dann gab es Widerstand, die Architekt:innen haben die «Autonomie der Architektur» ausgerufen. Ab diesem Zeitpunkt grenzten sie Ausserarchitektonisches von der Architektur aus. Das war ein grosser Fehler.

*Greifen Sie als Architekt damit nicht den Berufsstand der Architekt:innen an?*

Ja. Meine Position ist insbesondere bei Vorgängergenerationen umstritten. Wenn dir lebenslang gepredigt wird, Architektur sei autonom und müsse sich nicht mit gesellschaftlichen Fragestellungen auseinandersetzen, dann hat sich das verinnerlicht. Die Architektur hat abgehobene Stararchitekt:innen hervorgebracht, die den Kontakt zur Gesellschaft verloren haben. Will die Architektur im Alltag wieder an Relevanz gewinnen, dann muss sie aus dieser Bubble ausbrechen und politisch werden. Denn relevant wären wir. Es ist sehr viel architektonisches Wissen vorhanden, wie wir grundlegende Probleme dieser Welt wie etwa die Klimakrise angehen könnten.

*Sie unterrichten an der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW) Architektur und leiten das Institut für Urban Landscape. Gibt es einen Wandel unter jungen Architekt:innen oder träumen alle naiv davon, die neuen Herzogs und de Meurons zu werden?*

Ich spüre eine junge Generation, die sehr politisch ist. Gruppierungen wie «Countdown 2030» oder «Now What If» machen sich grundlegende Gedanken zur Architekturpraxis und um Netto-

Null 2030. Ich setze viel auf diese jüngeren Architekt:innen.

*Beim nachhaltigen Bauen ist oft die Rede von grauer Energie. Also jener Energie, die durch die Baustoffe und das Bauen selbst verursacht werden und die Umwelt stark belasten. Wird ein Haus abgerissen, so wird diese Energie vernichtet. Das Wesentliche ist für die Augen unsichtbar, sagte schon der Kleine Prinz. Müssen wir diesem Grau endlich mehr Beachtung schenken?*

Ja. Aber das ist vor allem eine Herausforderung der Baubranche. Wichtig ist es mir hier, den Unterschied zwischen Bauen und Architektur zu machen. Das eine ist das Handeln nach architektonischem Wissen und das andere ist das Bauen, wie es vom Markt beeinflusst wird. Diese zwei Felder sind nicht immer verknüpft.

*Sie wollen nicht für die Vernichtung von grauer Energie verantwortlich gemacht werden?*

In der Architektur sind graue Energie und nachhaltiges Bauen schon lange Thema. Aber die Baubranche will sich nicht einschränken, und es geht meistens darum, einfach möglichst günstig zu sein. Institutionelle Bauherrschaften haben Renditeziele, mit ihnen zu diskutieren ist zermürend. Darum gibt es viele Architekt:innen, die sich einfach als Dienstleister:innen sehen und sich diesen Diskussionen entziehen. Klar sind jene mächtig, die Geld haben – und das sind selten die Architekt:innen. Wir haben aber unsere Hebel zu wenig genutzt. Aber den Vorwurf, dass wir Architekt:innen schuld daran sind, dass durch Neubauten graue Energie vernichtet wird, weise ich vehement zurück. Abbruch und Neubau sind meist entschieden, bis wir zum Einsatz kommen. Wir hätten da früher Widerstand geben sollen.

*Egal, wer schuld daran ist, die Wohnungskrise ist Realität. Wie soll es weitergehen?*

Am nachhaltigsten wäre es, nicht zu bauen. Aber diese Position bringt uns auch nicht weiter. Das Grundbedürfnis nach einem Dach über dem Kopf besteht, und die Nachfrage danach wird zunehmen. Darum sind nachhaltige Materialien und dass wir am Bestand weiterbauen, wichtig. So wenig bauen wie nötig, also. Das sind keine radikalen Ideen, das Weiterbauen hat Tradition. Früher baute man schon immer im Bestand weiter. Dann

kam die Moderne und mit ihr neue Technologien. Es wurde alles kurzlebiger. Tabula rasa und Neubauen sind eher neue Zeiterscheinungen.

*In Zürich wurden alleine im Jahr 2022 1151 Wohnungen zerstört. Mit dem Abriss geht tendenziell günstiger Wohnraum verloren. In der Konsequenz werden Menschen verdrängt.*

Und das Traurige: In den letzten Jahrzehnten hat vor allem eine Wohlstandsanpassung stattgefunden. Gebäude aus den 1970er-Jahren werden abgerissen und im Neubau wird dann der Standard, wie beispielsweise der Flächenverbrauch, nach oben korrigiert. Oft wird behauptet, dass die alten Wohnungen niemand mehr will und man im

**«Und das Traurige: In den letzten Jahrzehnten hat vor allem eine Wohlstandsanpassung stattgefunden.»**

**Stefan Kurath, Architekturprofessor**

Neubau so bauen kann, wie es die Menschen wollen. Aber eigentlich wird hier nur für ein Budget gebaut: doppelt verdienende Paare, mit oder ohne Kinder.

*In den 1960er-Jahren verbrauchten 440 000 Stadtzürcher:innen 16 Millionen Quadratmeter Wohnfläche. Nun brauchen gleich viele 24 Millionen. Wären alle so bescheiden wie früher, könnten heute 660 000 Menschen in Zürich wohnen, schreibt Ernst Hubeli in der «Republik». Runter mit der Wohnfläche pro Person scheint eine naheliegende Lösung?*

Ja. In den letzten 20 Jahren erlebten wir einen grossen Bauboom, aber die Personendichte hat sich nicht verbessert, nur Volumendichte ging nach oben. Das ist höchst dramatisch. Die Wohnfläche zu minimieren, ist ein wichtiger Hebel. Wollen wir grundlegend etwas bewirken, wäre Verzicht und bewusster Umgang mit Ressourcen notwendig. Ein grundlegendes Thema der Architektur.

*Inwiefern?*

Die Architektur lehrt einen bewussten Umgang mit Konstruktion, dem Einsatz von lokalen Materialien und Ressourcen. Man plant Räume, die einen Mehrwert bieten und nicht einfach Platz verschwenden. Bauherrschaften wollen aber meist möglichst viel für einen möglichst kleinen Preis. Das ist ein Konflikt zwischen Qualität und Quantität.

*Bei Tsüri.ch hatten wir kürzlich einen Fall, wo die Besitzerin im Bestand aufstocken wollte, ein ökologisches und sozial nachhaltiges Projekt. Doch die Umbaupläne scheiterten an den Bauvorschriften.*

Das ist ein weiteres Problem. Die Bauordnung ist für grüne Wiesen gedacht, aber nicht für Städte wie Zürich, wo das Weiterbauen am Bestehenden viel lösen könnte.

*Aber wenn die Wände lottern, die Bausubstanz marode, die Isolation schlecht und die Ölheizung nicht mehr zeitgemäss ist, ist der Abriss oft naheliegend. Kann man überhaupt nachhaltig umbauen und sanieren, ohne die Mieten zu erhöhen – oder stehen diese beiden Forderungen im Konflikt?*

Die Mieten haben leider wenig mit den realen Baukosten zu tun, sie richten sich nach dem Markt. Was Quatsch ist. Darum ist es als Investor:in attraktiv, allen Mieter:innen zu kündigen, abzureissen und neu zu bauen – so ist es ein Leichtes, die Mieten dem vermeintlichen Markt anzupassen. Seriöse Immobilienbesitzer:innen hingegen amortisieren ihre Hypotheken. Heisst, die Miete müsste eigentlich mit den Jahren günstiger werden. Plus müssten Teile der Miete in Erneuerungsfonds bezahlt werden. Die Bewohner:innen bezahlen unter anderem Miete, damit ein Haus in stand gehalten wird.

*Sind höhere Mieterträge durch Neubauten der einzige Grund, weshalb so selten etappenweise saniert wird?*

Nein, bewohnt zu sanieren ist vom Management her anspruchsvoller, als wenn das Gebäude leer ist. Man muss die Bauarbeiten mit den Wohnbedürfnissen koordinieren. Solche Umbauten können dann schon auch belastend werden für die Bewohner:innen.

*Die Wohnungssuche in Zürich ist ebenfalls belastend.*

Ich sage ja nicht, dass die Leute nicht wollen, dass renoviert wird, während sie drin wohnen. Im Gegenteil, es wäre meist im Interesse der Mieter:innen. Es braucht einfach viel mehr Kommunikation zwischen den Parteien. Ich kenne beispielsweise ein Projekt, da haben die Bewohner:innen vier Monate lang vor dem Haus in Containern geduscht. Solche Dinge nimmt man in Kauf, wenn man die Wohnung behalten kann und die Miete tief bleibt. Es gibt viele kreative Übergangslösungen. Wenn die Bauherrschaft aber auf Rendite aus ist, dann werden sie leer kündigen oder neu bauen.

*Es scheint auch in anderen Bereichen an kreativen Lösungen zu fehlen: Ich bin kürzlich in eine neue Wohnung gezogen. Das grösste Zimmer war auf dem Grundriss mit «Elternschlafzimmer» betitelt. Ich schlafe demnach im Kinderzimmer. Auch Neubauten richten sich nach dem Lebensstil einer klassischen Kleinfamilie. Sind diese Zeiten nicht vorbei?*

Die Immobilienbranche ist sehr konservativ, solche Grundrisse richten sich am klassischen Familienmodell aus. Auch heute werden noch neue Wohnungen nach dem Familienmodell der 1950er-Jahre gebaut: die Frau am Herd, der Mann als Versorger und die Kinder zur Freude der Familie. Dabei bräuchten wir eine Wohnungsvielfalt, die unterschiedlichsten Lebensmodellen gerecht wird. Diverse Angebote, für ein durchmischtes Milieu. Stattdessen werden statt 3-, 4- und 5-Zimmer-Wohnungen übereinander gestapelt, die alle gleich aussehen.

*In 4-Zimmer-Wohnungen kann man oft nur zu dritt leben, weil beispielsweise das vierte Zimmer ein offener Raum ist. Spinnt man das weiter, könnte man sich auch fragen, warum alle eine eigene Küche brauchen, wenn man am Tag vielleicht ein bis zwei Stunden diesen Raum braucht. Warum folgen Räume Funktionen?*

Das hat stark mit dem vermeintlich progressiven Familienbild der Moderne zu tun. In den Köpfen ist verankert, dass eine Wohnung eine Küche, ein offenes Wohnzimmer, ein Elternschlafzimmer und zwei kleine Kinderzimmer braucht. Alle Bauten sind darum funktional begrenzt, was dazu führt, dass wir diese kaum umnutzen können. Auch mit Büroräumlichkeiten stehen wir vor diesem Problem. In Zürich gibt es einige leere Büros, aber die Normen und Standards stehen uns im Weg, diese als Wohnraum zu nutzen. Dabei würden ehemalige Bürokomplexe fantastische Wohnungen geben.

*Heisst, wir schränken uns mit Normen ein, planen am Bedarf vorbei und verdrängen gleichzeitig Menschen aus der Stadt?*

Ja. Von Experimenten will der Immobilienmarkt nichts wissen – lieber entscheiden sich Bauherr:innen für das Neubauprojekt, statt den Bestand kreativ weiterzudenken. Sie haben Angst, dass sie niemanden für solche experimentellere Wohnungen finden. Es ist ein totaler Widerstand gegenüber Neuem – ausser, dass alles immer grösser sein soll. Die heutige Stadt ist ein Abbild der Gesellschaft und nicht der Architektur. Leider.



Dass nachhaltig Bauen ohne Verdrängung in Zürich möglich wäre, davon ist Stefan Kurath überzeugt. Doch dem stünden oft Normen, Bauvorschriften und Renditeversprechen im Wege. (Bild: zVg).

Das Bewusstsein für andere Lebensmodelle fehlt. Da sind wir als Gesellschaft eigenartig konservativ.

*Gibt es Vorzeigeprojekte in Zürich punkto nachhaltigem Wohnungsbau ohne Verdrängung?*

Die üblichen Verdächtigen: Die Genossenschaft Kalkbreite hat mit der Siedlung Kalkbreite oder dem Zollhaus super Experimente gewagt. Sie bauen für grosse Wohngemeinschaften, sparen Fläche pro Kopf ein und probieren sich im Hallenwohnen. Viele dieser Wohnkonzepte sind gar nicht so neu. Schon in den 1980ern wurde beispielsweise in autonomen Räumen herumexperimentiert. Von Besetzungen könnten wir auch heute noch viel lernen.

*Was?*

Sie zeigen, wie vielfältig man mit Räumen umgehen kann. Das sind Vorzeigeprojekte, wenn es um Umnutzung geht. Sie bauen ihre Umgebung im Bestand so, wie sie es brauchen. Dieser kreative Umgang mit Räumen in Besetzungen ist fantastisch.

*Die Ideen existieren also bereits, wie schaffen wir es als Gesellschaft, dass alle wohnen können?*

Aus fachlicher Sicht ist das kein Problem. Architektur kann alles, das ist leider nur vielen nicht bewusst. Aber eben das müssten auch alle anstreben. Wohnen ist ein Grundrecht, eine Stadt muss inklusive sein. Doch das sehen längst nicht alle so, es ist eine politische Frage und Haltung.

## Wahrückblick und Europa-Ausblick

«Nach den Wahlen ist vor den Wahlen!» So wird im Newsletter der SP60+ dazu aufgerufen, den Schwung jetzt mitzunehmen.

Die Sozialdemokratische Partei erzielte in den nationalen Wahlen mehrere Sitzgewinne. Speziell gut abgeschlossen hat mit knapp 4 Prozent mehr Wähler:innen-Anteil die SP Kanton Zürich auf 21,1 Prozent, das heisst einen seit Jahrzehnten nicht mehr derart starken Zuwachs auf einen Schlag!

An der gut besuchten Mitgliederversammlung (MV) galt es, Wahrückblick zu halten. Eingeladen waren speziell die Kandidierenden. Zum ersten Mal erkämpfte die SP 60+ mit einer eigenen Senior:innenliste zusätzliche Stimmen für die Hauptliste, mit dem Ziel, einen zusätzlichen Sitz zu gewinnen oder wenigstens einen Restsitz zu sichern. Die SP-Hauptliste Nummer 2 hatte dann in der Schlussabrechnung die rund 125 000 Stimmen der Nebenlisten von JuSo, SP 60+ und SP Queer nicht nötig, weil sie aus eigener Stimmenkraft ihren zusätzlichen Sitz erreichte. Indirekt wurde damit mit den verbundenen Listen immerhin ein weiterer Sitzverlust der Grünen im Kanton Zürich vermieden.

## Unterlisten und Listenverbindungen polarisieren

An der Versammlung zeigte sich, dass es nach wie vor für Unterlisten und Listenverbindungen befürwortende Meinungen und vehemente Gegner:innen gibt. Im aktuellen Wahlsystem können grosse politische Gruppierungen damit mehr Nationalratssitze generieren. Andererseits stiess im Wahlcouvert das Bündel von 44 Listen viele Stimmbürger:innen ab. Einigkeit bestand an der MV darin, dass das Wahlprozedere nicht so schnell geändert wird: Die politischen Mühlen in der Schweiz mahlen sehr langsam. Darum wird die Diskussion um eine SP60+-Nationalratsliste in knapp vier Jahren wieder aktuell werden.

Die nächste MV ist dem Thema Europa gewidmet. Wir – die SP 60+ – möchten parteiintern und in der Öffentlichkeit das Thema nach den Wahlen markant anstossen. Seit längerem verfällt der Bundesrat in der Europafrage leider in lähmende Lethargie. Der EU-Abgeordnete Andreas Schieder ist Mitglied der österreichischen SP und wird am Freitag, 24. November 2023 um 14h im Fraktionsaal des SP-Sekretariats (Gartenhofstr. 15, Zürich 4) referieren. Angesagt ist eine klare Aussensicht auf die Schweiz von einem passionierten Aussensichtler der EU. Alle sind herzlich eingeladen!

Marcel Burllet, Vorstandsmitglied SP 60+ ZH

# Happy-End für die Pensionskasse der Stadt Winterthur?

**Die Sanierung der Pensionskasse der städtischen Angestellten in Winterthur hat eine wichtige Hürde genommen: Die zuständige Parlamentskommission verabschiedete einstimmig einen Kompromissvorschlag, der auch im Plenum durchkommen sollte. Als letzte Hürde bleibt danach die notwendige Volksabstimmung im kommenden Frühjahr.**

Matthias Erzinger

Endlich ein Happy-End bei der Sanierung der Pensionskasse der Stadt Winterthur? Die zuständige Spezialkommission des Stadtparlamentes hat diese Woche einen Kompromissvorschlag präsentiert, der offenbar von allen Fraktionen getragen wird. Auch der Stadtrat und die Pensionskasse sollen den Vorschlag begrüssen. Damit scheint ein jahrelanges Hickhack beendet.

## «Dynamisches Sanierungsmodell»

Der Vorschlag der Parlamentskommission sieht einen Sanierungsrahmen von 120 Millionen zur Ausfinanzierung der verselbstständigten Pensionskasse vor. Diese können bei Bedarf, respektive einer Unterfinanzierung abgerufen werden. Allerdings muss die Pensionskasse auch wieder Geld an die Stadt retourschieben, falls der Deckungsgrad höher als 105 Prozent ist. Zweites wichtiges Instrument ist eine Neuaufteilung der Beiträge. Künftig sollen gemäss dem Vorschlag die Stadt 60 Prozent und die Angestellten 40 Prozent der Beiträge entrichten. Dies gegenüber der jetzigen Aufteilung von 65 zu 35 Prozent. Die neue Aufteilung gilt für neue Mitarbeitende, bisherige Mitarbeitende erhalten eine Kompensationszahlung, um die Verschlechterung aufzufangen. Allerdings nur bis zu einem Jahreseinkommen von 120 000 Franken.

«Der Plafond von 120 Millionen Franken» war für uns eine Schmerzgrenze», hält Renate Dürr, VPOD-Präsidentin und Stadtparlamentarierin der Grünen fest. Wenn die Vorlage einen tieferen Umfang vorgesehen hätte, wäre der Kompromiss geplatzt. «So aber können wir gut dazu stehen, und es ist wichtig, dass diese Vorlage endlich kommt». Dass die Ausgleichsbeiträge ab einem Einkommen

von 120 000 Franken pro Jahr abnehmen, sei ein Wermutstropfen, der aber im Sinne des Kompromisses von den Gewerkschaften akzeptiert werde. Hält der Kompromiss auch im Plenum des Parlamentes, werden die Stimmberechtigten im Frühjahr 2024 über die Vorlage befinden.

## Spielball der politischen Interessen

Die Unterfinanzierung der Winterthurer Pensionskasse hat eine lange Geschichte. Eines der Probleme bildete seinerzeit die Kantonalisierung der Kindergärten: Während die Beiträge der Kindergärtnerinnen neu bei der kantonalen Kasse einbezahlt wurden, verblieben die Bezüger:innen bei der städtischen Kasse. Damals ein eklatanter Fehlentscheid. Seit Jahren wird um die mit der Verselbstständigung der Kasse entstandene Unterfinanzierung gestritten. Nach den Wahlen 2018, als in Winterthur eine rot-grüne Mehrheit die bürgerliche Mehrheit ablöste, war die Kasse ein Spielball der politischen Lager, aber auch zwischen dem Parlament und der Exekutive. Leidtragende waren die Angestellten, welche ständig

**Der Kompromiss bei der Pensionskasse ist nach dem Kulturleitbild innert relativ kurzer Zeit erneut ein zuvor hart umstrittenes Geschäft, für das im Parlament eine breite Basis erarbeitet wurde.**

mehr beitragen mussten, während die Leistungen gekürzt wurden. Die letzte Vorlage des Stadtrates erlitt 2019 im Parlament Schiffbruch. Sie sah damals einen Sanierungsbeitrag von 144 Millionen Franken vor.

## Neue Tendenz im Parlament?

Der Kompromiss bei der Pensionskasse ist nach dem Kulturleitbild innert relativ kurzer Zeit erneut ein zuvor hart umstrittenes Geschäft, für das im Parlament eine breite Basis erarbeitet wurde. Ob der Kompromiss wirklich hält, wird sich allerdings erst in der Parlamentsdebatte zeigen, in der in Winterthur schon öfters in letzter Minute ein Umschwung erfolgte.

# Vom Feld direkt auf den Teller

**Vor knapp einem Jahr, in der Ausgabe vom 25. November 2022, stellte P.S. die damals neu gegründete Genossenschaft Koopernikus vor. Ihr Ziel: die Akteur:innen der gesamten Lebensmittelwertschöpfung miteinander verknüpfen. Jetzt ist Koopernikus einen Schritt weiter.**

**Nicole Soland**

Die Idee hinter der Genossenschaft Koopernikus tönt einfach und einleuchtend: Sie bezeichnet sich als erste Schweizer Genossenschaft, die Akteur:innen der gesamten Lebensmittelwertschöpfungskette vernetzt. Durch «starke Beziehungen, Direktvermarktung und Partizipation» wolle sie den Weg für eine nachhaltige Lebensmittelproduktion ebnen, hiess es in der Medienmitteilung, die am 14. November 2022 zum Start des Unterfangens verschickt wurde. Denn Landwirtschaft sei «viel mehr als blosse Lebensmittelproduktion». Sie entscheide, ob eine Region von «monotonen Agrarwüsten oder einer vielfältigen Kulturlandschaft geprägt» werde. Gleichzeitig stünden die Landwirt:innen wie auch die Verarbeiter:innen unter «enormem Druck von Grossverteilern, ihre Produkte zu immer niedrigeren Preisen und in immer grösseren Mengen abzugeben». Ja mehr noch: «Im aktuellen System sind Produktion und Handel von ökologisch und sozial nachhaltigen Lebensmitteln sehr aufwendig und für einzelne Betriebe kaum umsetzbar.» Konkret: Welcher Bioläden bestellt schon bei sieben Bauernbetrieben einzeln jeweils ein spezielles Produkt?

## Digitale Plattform läuft

Was ist seither geschehen? Oder anders gefragt: Wie liess sich die Idee von starken Beziehungen, Direktvermarktung und Partizipation konkretisieren? Das erste und wohl wichtigste Element, das Koopernikus unterdessen gemeinsam mit dem Verein Lightwave geschaffen hat, ist die digitale Lightwave-Plattform. Sie soll den Prozess der Direktvermarktung «einfach und transparent» machen. Lebensmittelproduzent:innen können so ihre Produkte direkt an Restaurants oder Läden verkaufen. Die Logistik wird in einem ersten Schritt über die Pico Lebensmittel AG organisiert, die bereits bisher Bioläden belieferte: «So müssen wir keine eigenen Lastwagen losschicken, die zudem teilweise dieselben Routen abfahren würden», erklärt Koopernikus-Mediensprecherin Laura Schneider auf Anfrage. Von Anfang an bei Koopernikus dabei war das Gut Rheinau, das bereits frü-



Von Anfang an bei Koopernikus dabei war das Gut Rheinau, das bereits früher mit rund zehn kleineren Landwirtschaftsbetrieben aus der Region zusammenarbeitete. (Bild: Raphael Seebacher)

her mit rund zehn kleineren Landwirtschaftsbetrieben aus der Region zusammenarbeitete. In der Lightwave-Testphase, die noch bis Ende Jahr dauert, bieten die kleineren Betriebe via Gut Rheinau und das Gut selbst ihre Produkte bereits über diese Plattform an. Die Kund:innen, darunter beispielsweise die Food-Kooperative Crowdcontainer, die Genossenschaft Chornlade oder das Zürcher Res-

## In der Lightwave-Testphase, die noch bis Ende Jahr dauert, bieten die kleineren Betriebe via Gut Rheinau und das Gut selbst ihre Produkte bereits über diese Plattform an.

taurant Beke, bestellen über die Plattform, und das Gut Rheinau publiziert unter anderem, was gerade in welcher Menge geerntet wird.

## Die Produzent:innen profitieren

Die Vorteile für die Landwirtschaftsbetriebe liegen, Stichwort «Direktvermarktung», auf der Hand: Sie können ihre Ware innerhalb der Region verkaufen, was kurze Transportwege bedeutet, und sie sind nicht abhängig von den Preisen, die Grossverteiler wie Coop oder Lidl diktieren. Wie sich die Lebensmittelpreise auf dem Marktplatz von Koopernikus zusammensetzen, macht Laura Schneider transparent, wobei die folgenden Zahlen ab Januar 2024 gültig sind: 2,5 Prozent gehen

an Koopernikus für die Geschäftsstelle, die Koordination im Netzwerk sowie Veranstaltungen. Ebenfalls 2,5 Prozent bekommt Lightwave für Erhalt und Weiterentwicklung der IT-Infrastruktur, also des Marktplatzes und der Logistikplattform. 6,5 Prozent entfallen schliesslich auf die Logistik und die Administration für Lieferscheine etc. Zusammengefasst: 88,5 Prozent gehen an die Produzent:innen. «Diese werden ab 2024 ausserdem die Möglichkeit haben, sich einem Regionalhub anzuschliessen, der Lagerung, Verwaltung und Kommissionierung ihrer Produkte übernimmt. Wir gehen davon aus, dass diese Dienstleistung mit 5 bis 7 Prozent verrechnet werden wird», erklärt Laura Schneider. «Unser Ziel als Genossenschaft ist es, die Margen weiter zu senken, sobald unsere Vorarbeit, Entwicklungs- und Wartungskosten gedeckt sind.» Wie viel die Bäuer:innen erhielten, wenn sie an Coop, Lidl etc. lieferten, sei «sehr unterschiedlich», fügt sie an: «Tendenziell ist der Anteil, der dort an die Produktion geht, wesentlich kleiner.»

Doch ist das Risiko für die Bäuer:innen nicht grösser, wenn sie an die neue Plattform liefern, deren Abnahmekapazität im Vergleich mit den Grossverteilern doch sehr begrenzt ist? «Das Risiko bewegt sich im Rahmen dessen, was für die Direktvermarktung ab Hofladen gilt», sagt Laura Schneider. «Zudem nehmen wir neue Produzent:innen im Takt dessen auf, wie die Abnahme wächst.» Koopernikus wolle und werde wachsen, aber langsam und mit Augenmass. Denn es würde nichts bringen, wenn die Bäuer:innen plötzlich auf ihrer Ware sitzen blieben: «Wir wollen finanzielle Risiken teilen und die Margen des Grosshandels umgehen, aber sicher keinen Foodwaste produzieren.» Aber, und das sei das Wichtigste: «Koopernikus läuft!»

Weitere Infos auf [www.koopernikus.ch](http://www.koopernikus.ch)

# Menschenfeindliche Forderungen

**Unter dem Titel «Irreguläre Migration – was tun?» verlangt der Stammtisch der Reformplattform von der SP, sie solle einen strikten Schutz der EU-Aussengrenzen befürworten. Nur so könne sie die Migrationspolitik zum Erfolg wenden und einen Durchmarsch der Rechtsnationalen abwenden. Eine Replik zum Beitrag der SP-Reformplattform im P.S. vom 3. November.**

Peter Frei\*

Die Autor:innen begründen ihre Hypothese, der Migrationsdruck werde in den kommenden Jahrzehnten zunehmen, nicht näher. Und es stimmt nicht, dass die SP und die Linke generell «die Bewirtschaftung der Migrationsprobleme weitgehend der SVP überlässt und bisher keine eigene kohärente und mehrheitsfähige Migrationspolitik» betreibt, zumal die SP dazu bereits eigene Positionen erarbeitet und veröffentlicht hat, die allerdings grundsätzlich von den Ideen des Stammtischs abweichen.

Gehen wir etwas ins Detail, machen wir einen Faktencheck zum «Dilemma in der Migrationspolitik»: Sollte die Prognose der EU-Asylagentur stimmen, wonach 2023 die «Zahl der irregulären Migrant:innen auf knapp eine Million» steige, würde in der EU mit per 2023 geschätzten 448 Mio. Einwohner:innen gerade 1/448-tel der Bevölkerung als Asylsuchende einreisen. Ist das viel? Zweitens wird dazu fälschlicherweise behauptet, «nur eine kleine Minderheit der Migrant:innen seien «Flüchtende gemäss Genfer Flüchtlingskonvention». Dem ist entgegenzuhalten, dass nur die Schutzquote massgebend sein kann. Nur sie gibt Aufschluss über die Anzahl der Schutzbedürftigen. Dazu die EU-Statistik: «Im Jahr 2022 wurden in der EU+ (EU-Staaten plus Schweiz und Norwegen) insgesamt 39 Prozent aller Asylverfahren mit einem positiven Bescheid beendet. Bei Frauen lag die Schutzquote etwas höher, hier erhielten 45 Prozent der Antragstellerinnen das Recht auf Schutz zugesprochen. Besonders hoch lag die Schutzquote bei Kindern: 55 Prozent der Asylbewerberinnen und Asylbewerber unter 18 Jahre erhielten einen positiven Bescheid.» Und gemäss Statista lag die Anerkennungsquote bei Asylgesuchen von Flüchtlingen in der Schweiz bisher bei 25,4 Prozent und die Schutzquote insgesamt bei 56,3 Prozent (Stand: August 2023). So gesehen ist die Ausgangsthese, wonach nur eine kleine Minderheit schutzbedürftig sei, klar faktenwidrig.

Die Autor:innen behaupten weiter: «Der Migrationsdruck aus Afrika wird künftig wahr-

scheinlich am meisten zunehmen angesichts der Tatsache, dass Experten mit einer Verdoppelung der Bevölkerung Afrikas bis 2050 rechnen. Zur Zeit ist die Migration aus dem Mittleren Osten und aus Asien auch sehr relevant.» Sogar wenn es stimmt, dass die Bevölkerung Afrikas stark zunehmen wird (es gibt auch Stimmen, wonach das Bevölkerungswachstum Afrikas den Peak überschritten habe), ist damit nicht ohne Weiteres eine markante Zunahme der Migration nach Europa verbunden: Innerhalb Afrikas gibt es traditionell und bis heute viel grössere Migrationsbewegungen als über seine Grenzen hinaus. Dies wird sich wohl auch in Zukunft nicht ändern. Und die meisten

**Aus Drittstaaten stammende, ausgewiesene Berufsleute können in der Schweiz kaum eine Arbeitsstelle antreten, weil die Migrationsbehörden – mit Blick auf die SVP – entsprechende Bewilligungen verweigern.**

Länder Afrikas möchten die relativ hohe Geburtenrate senken und betreiben eine entsprechende Politik. Und aus dem Mittleren Osten kommen sehr viele Schutzbedürftige, die Schutz bedürfen und finden (namentlich Türkei, Syrien, Irak, Iran, Afghanistan). Gemäss Statista kamen 2022 aus Asien vor allem Geflüchtete aus Afghanistan (rund 7000); alle anderen Länder Asiens werden in der Statistik unter «andere Herkunftsländer» mit rund 19 Prozent der Anzahl von Asylsuchenden zusammengerechnet. Ausser den geflüchteten

Afghan:innen sind die Asylsuchenden aus Asien somit keineswegs «relevant». Damit enden die Argumente der Reformplattform zur drohenden Zunahme der Migrant:innen.

Ihre nächste These: Die zwingend erforderliche rasche berufliche und soziale Integration der ankommenden Migrant:innen und damit auch Vermeidung von Parallelgesellschaften und Zunahme von Kriminalität könne auf Dauer nur funktionieren, wenn die Zuwanderung kontrolliert und begrenzt werde. Nachdem vorher gegen die angeblich hohe Zahl von Asylsuchenden gewettert wurde, wird nun argumentativ nicht mehr unterschieden zwischen Asylsuchenden und Arbeitsuchenden. Alle müssten beruflich und sozial rasch integriert werden. Dabei verschweigen die Verfasser:innen, dass die Arbeitsmigration aus sogenannten Drittstaaten (Nicht-EU/EFTA-Staaten) auch von der Schweiz schon seit vielen Jahren überaus stark eingeschränkt ist. Dies erklärt die ständigen Bitten der Arbeitgeber:innen angesichts des vielbeschworenen Fachkräftemangels. Aus Drittstaaten stammende, ausgewiesene Berufsleute können in der Schweiz kaum eine Arbeitsstelle antreten, weil die Migrationsbehörden – mit Blick auf die SVP – entsprechende Bewilligungen verweigern. Erhalten sie gleichwohl eine Arbeits- und Aufenthaltsbewilligung, sind viele von ihnen nicht bereit und willens, sich in der Schweiz zu integrieren, weil sie nach kurzer Zeit ohnehin wieder ausreisen.

Damit richtet sich das Argument der Reformplattform in erster Linie gegen diejenigen Geflüchteten, die ein Asylgesuch stellen, anerkannt oder vorläufig aufgenommen werden (und allenfalls um den Nachzug von Angehörigen ersuchen). Die rasche Integration dieser Menschen könne nur gelingen, wenn ihre Zuwanderung kontrolliert und begrenzt werde, weil sie sonst – angeblich – Parallelgesellschaften bilden und kriminell werden könnten. Hier ist einmal klarzustellen, dass das Risiko der Entstehung von Parallelgesellschaften in der Schweiz nach wie vor sehr klein





Der Vorschlag ist angesichts der aktuellen Gesetzeslage und politischen Kräfteverhältnisse weder erwünscht noch durchsetzbar. (Bild: Markus Forte / Ex-Press.ch)

ist. Und die Kriminalitätsrate von Schutzbedürftigen (Asyl+Vorläufige Aufnahme) unterscheidet sich gemäss entsprechenden Forschungen von der Schweizer Bevölkerung insgesamt kaum. Zudem ist der Familiennachzug von Schutzbedürftigen mit vorläufiger Aufnahme nur in engen Zeitfenstern und bei ausreichendem Arbeitseinkommen und ohne Sozialhilfebezug möglich. Der Stammtisch argumentiert auch hier pauschal und mit ungesicherten Fakten, was nur der generellen Stimmungsmache gegen Ausländer:innen dient.

Gemäss den Autor:innen sei die «Rückführungsquote von Migranten mit abgelehntem Bleiberecht» «europaweit minimal». Demgegenüber hat gerade die Schweiz eine verhältnismässig hohe Rückführungsquote, weil sie schon früh manches Abkommen mit Drittstaaten abgeschlossen hat und die Kantone nicht vor gewaltsamen Ausschaffungen mit Sonderflügen zurückschrecken. Zudem profitiert die Schweiz vom Dublin-System: Per Saldo führt sie seit je mehr Dublin-Rückführungen durch, als sie Dublin-Rückübernahmen dulden muss. Die Autor:innen argumentieren auch hier nicht sachgerecht.

Das nächste Argument der Verfasser:innen ist besonders überdenkenswert: Nur ein strikter Schutz der (EU-) Aussengrenzen könne potenzielle irreguläre Migrant:innen von der Reise abhalten und damit auch das kriminelle Schleppergeschäft untergraben und die Anzahl Toter auf dem Meer massiv reduzieren. Was stellen sich die Autor:innen vor, ohne es zu sagen: Noch mehr Mauern, Grenzzäune, Wassergräben und noch mehr bewaffnete Gewalt? Die millionenschwere Frontex sorgt zusammen mit nationalen Grenzschutzbehörden an den EU-Aussengrenzen mit ihren Überwachungsflugzeugen, Wärmebildkameras, Drohnen und Sensoren sowie den strikten EU-Visabestimmungen schon heute für gewaltvolle Pushbacks und Abschreckung. Wer es trotzdem über die Grenze schafft, wird bis zum Entscheid über sein Asylgesuch in einem Lager festgehalten, je nachdem unter unwürdigen Lebensbedingun-

gen, oftmals jahrelang. Betroffen davon sind Menschen wie wir, die per Zufall an einem andern Ort zur Welt kamen. Oder will der Stammtisch, wie gewisse Bürgerliche, die Vorläufige Aufnahme ersatzlos abschaffen, die aus grundrechtlichen Überlegungen vor Ausschaffung schützt?

Die von den Autor:innen herbeigewünschte Wende in der Migrationspolitik müsse pragmatisch, kompromissbereit und parteiübergreifend sein und sei nötig, um unsere Solidargemeinschaften vor dem Zerreißen und vor einem Durchmarsch rechtsnationaler Kräfte zu schützen. Es brauche ein koordiniertes Vorgehen mit der EU und den EU-Migrationspakt mit neuen, schnellen Asylverfahren an den EU-Aussengrenzen. Migrant:innen mit wenig Aussicht auf Asyl sollen

**Die Autor:innen müssen sich den Vorwurf gefallen lassen, dass sie das aktuell schon brutale Regime an den Aussengrenzen der EU gutheissen und ein noch gewaltvolleres Grenzregime befürworten. Solche Forderungen sind nicht pragmatisch, sondern menschenfeindlich.**

abgekürzte Verfahren in geschlossenen Zentren erhalten und bei negativem Entscheid umgehend zurückgeschafft werden.

Machen wir den Test: Abgesehen davon, dass die Schweiz bereits in das Schengen/Dublin-System integriert ist und somit ein koordiniertes Vorgehen mit der EU bereits stattfindet, ist der

EU-Migrationspakt noch nicht abschliessend festgelegt und höchst umstritten. Das nicht nur aus ideologischen Gründen, sondern auch wegen zahlreicher offener Rechtsfragen, die aus den geltenden Grund- und Menschenrechten folgen: Nur schon die Frage, wer aus welchen Gründen wenig Aussicht auf Asyl hat, kann nicht anhand einer Statistik, sondern nur aufgrund einer individuellen Befragung und aufgrund stichhaltiger Beweise entschieden werden. Dies gilt, weil der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in ständiger Praxis Rückführungen und Wegweisungen nur zulässt, wenn die Behörden sämtliche grundrechtlichen Fragen (wie Folterverbot, Verbot unmenschlicher Behandlung, Recht auf persönliche Freiheit, Recht auf Familienleben etc.) von Amtes wegen erhoben und abgeklärt haben. Dass diese Fragen kaum im Rahmen eines Freiheitsentzugs abgeklärt werden können, der in einem geschlossenen Lager stattfindet, liegt auf der Hand.

Die Autor:innen wünschen sich zudem Asyl-Erstabklärungen in der Nähe der Fluchtländer und bei vorläufig positivem Ergebnis eine ungefährliche Reise nach Europa: Aus dem eben Gesagten folgt, dass Erstabklärungen in Asylverfahren eigentlich gar nicht möglich sind. Zudem stellt sich «pragmatisch» die Frage, welcher Drittstaat solche Abklärungen (in geschlossenen Lagern) dulden würde. Bisher haben sich solche Drittstaaten immer wieder als störrisch und erpresserisch gebärdet, jüngstes Beispiel ist Tunesien.

Vor diesem Hintergrund ist das Bekenntnis der Autor:innen zur Einhaltung menschen- und völkerrechtlicher Grundsätze (sic, nicht Rechte!) eine leere Worthülse und der Wunsch, die Herkunftsregionen wirtschaftlich zu stärken, höchst unrealistisch. Unausgegoren und kaum begründet, ja tendenziös, sind auch die Argumente, mit welchen eine koloniale Erbschuld Europas verneint und pauschal die Rückständigkeit Afrikas begründet werden. Es lohnt sich kaum, näher darauf einzugehen.

Dass die reguläre Migration aus Afrika gefördert werden müsse, falls die Zuwandernden «bereits eine berufliche Qualifikation und minimale Sprachkenntnisse mitbringen», tönt vordergründig migrationsfreundlich, fördert aber faktisch den brain-drain aus den betroffenen Ländern: Rosinenpickerei vom Feinsten. Zudem ist der Vorschlag angesichts der aktuellen Gesetzeslage und politischen Kräfteverhältnisse weder erwünscht noch durchsetzbar.

Die Autor:innen müssen sich den Vorwurf gefallen lassen, dass sie das aktuell schon brutale Regime an den Aussengrenzen der EU gutheissen und ein noch gewaltvolleres Grenzregime befürworten. Solche Forderungen sind nicht pragmatisch, sondern menschenfeindlich. Daran ändern weder die beschworene Kompromissbereitschaft noch ein parteiübergreifender Schulterchluss.

Kein Mensch ist illegal.

\* Peter Frei ist früherer Migrationsrechtsanwalt und Vorstandsmitglied von Solidarité sans frontières.

# Verhalten und vorläufig

Die Neuinszenierung der Sammlung Bührle im Kunsthaus Zürich erinnert an eine Gesprächssituation, in der ein Gegenüber nach bereits längerer Debatte den eigenen Aussagen plötzlich einen fragenden Tonfall verleiht.

Thierry Frochoux

Jacques Picard (ehem. Bergier-Kommission) beschreibt den Umgang mit der eigenen Rolle der Schweiz mit dem Holocaust in der Nachkriegszeit in der Hörinstallation alias Resonanzraum so: «Man vergass, verdrängte, dass man vergass und vergass, dass man verdrängt hatte.» Guido Magnaguagno (ehem. Vizedirektor Kunsthaus) erzählt ebenda, dass nur schon der Name Emil Georg Bührle 1980 im Haus tabuisiert und totgeschwiegen wurde, insbesondere auch bezüglich der Geschichte der eigenen Verstrickung des Kunsthauses mit dem Kriegsgewinnler und Waffenfabrikanten und hält das für einen Fehler. Die neue Direktorin Ann Demeester wiederholte an der Medieninformation über die erneuerte Präsentation dieser Sammlung mindestens dreimal, dass diese Schau nicht das finale Endprodukt darstelle, sondern: «Es ist erst ein Anfang.» Gegenüber der Tonalität der Pressekonferenz der Stiftung Sammlung E. G. Bührle vom Dezember 2021, worin sich der Stiftungsratspräsident Alexander Jolles auf die Feststellung versteifte, «juristisch ist das alles längst verjährt», und der damalige Direktor Christoph Becker auf kritisches Nachfragen zuletzt regelrecht die Contenance verlor, erweckt der heute veränderte Tonfall vonseiten der Zürcher Kunstgesellschaft den Eindruck einer Bemühung um Konsensfindung.

## Baustellencharme

Die Neupräsentation unter dem Titel «Eine Zukunft für die Vergangenheit. Sammlung Bührle: Kunst, Kontext, Krieg und Konflikt» vermittelt ihr provisorisches Wesen bereits szenografisch. An neun Stationen wird das Publikum zu sehr allgemeinen und etwas spezifischeren Fragen bezüglich seiner Erwartungshaltung an ein Kunstmuseum ganz allgemein bis zur institutionellen Verantwortung, die eigene Historie wiewohl jene der Provenienz der Kunstwerke inklusive der Sichtbarmachung der vorbesitzenden Parteien und ihrer Zwangslage, ihre Kunst überhaupt veräussern zu müssen, in einem Multiple-Choice-Verfahren um seine Meinung gebeten. «Es geht um das Benennen eines Zwiespalts», sagte Ann Demeester am Donnerstag vor einer Woche, dessen Aufschlüsselung fünf Prinzipien folge: Das Vermischen von Kunst und Geschichte, das Versammeln einer Vielstimmigkeit, die Sichtbarmachung einer Vielschichtigkeit, die Publikumsteilnahme und die Beibehaltung einer Dynamik im Prozess. Im Resonanzraum sind auch Stimmen vertreten, die meinen, «das Kunsthaus ist kein historisches Se-

minar», «die Kunst kann nichts dafür», dass man «Geschichte auch mal Vergangenheit sein lassen» müsse bis hin zu einer Publikumsreaktion auf einem blauen Bierdeckel an der Vermittlungswand im letzten Raum, die schlicht meint: «pecunia non olet» (Geld stinkt nicht).

## Zwickmühle darstellen

Die aktuelle, betont unfertige Präsentation zeigt also zuallererst einmal auf, welche Fragen einer Beantwortung harren und welche gegenteilig wirkenden Kräfte respektive Interessen auf dem Weg zu einer Ausformulierung aufeinanderprallen. Die Zurückhaltung vonseiten der Kunstgesellschaft kann einerseits als vorausseilende Entschuldigung und Relativierung gelesen werden, wie sie im Vergleich zu früher im Gegenteil als Eingeständnis dafür angesehen werden kann, dass an entscheidender Stelle endlich eine Offenheit dafür besteht, dass noch eine weitreichende Transparenz- und Aufarbeitungsarbeit zu leisten ist. Denn nicht nur die sogenannte Neutralitäts-Historie der Schweiz während des Zweiten Weltkriegs trieft vor positivistischem Legendenwillen, sondern auch der hauseigene Stolz, eine Ausnahmehistorie als Künstlermuseum vorzuweisen, hinkt längst. Die Verstrickung der Kunstgesellschaft mit dem Blutgeld Bührles ist ebenso jahrzehntealt wie weitreichend, was meines Wissens seinerseits noch längst nicht wissenschaftlich aufgearbeitet ist. Dass ein

## Die Verstrickung der Kunstgesellschaft mit dem Blutgeld Bührles ist ebenso jahrzehntealt wie weitreichend.

wissenschaftlicher Beirat nicht mit dem eigenen guten Ruf für eine deklariert immer noch auf der Suche befindliche Auslegeordnung stehen will, ist nur schon von dieser Warte aus nachvollziehbar. Natürlich sind einzelne Sätze auf den Wandtexten über Emil Georg Bührle bereits sehr viel schärfer formuliert als in der ersten Ausstellungsversion, allerdings müssen sie auch über die ganze Ausstellung verteilt zusammengesucht werden. Wenn hier beispielsweise steht, dass er zusammen mit dem damaligen Direktor ins besetzte Paris reiste, um Impressionisten-Schnäppchenkäufe zu tätigen, ist das bereits deutlich vielsagender, wenn-

gleich der Kontext, weshalb es diese Schnäppchen überhaupt gegeben hatte, auch noch in die Erzählung gehörte.

## Opferperspektive

Bei der Opferperspektive gilt es festzuhalten, dass die Raumbeschriftung der sogenannten jüdischen Vorbesitzer eine Definition des Judentums übernimmt, die auf die Nürnberger Rassengesetze zurückgeht, die wiederum mit dem Ausspruch des Wiener Oberbürgermeisters Karl Lueger am trefflichsten auf den Punkt zu bringen sind: «Wer ein Jud' ist, das bestimme ich.» Es in dieser Begrifflichkeit also weder um den Glauben, die Ethnie oder eine familiäre Konstellation geht, sondern alleine darum, wem ein sogenannt wertvolles Leben abgesprochen wurde und dies wahllos, willkürlich und was unumgänglich mit einer (drohenden) Vernichtung einherging.

Von daher ist auch verständlich, dass die verkürzten Beispielcurricula an den Wänden als Feigenblatt wahrgenommen werden können und die Forderung erklären, die bereits damals einer beabsichtigten Marginalisierung durch (drohende) Vernichtung zum Verschwinden gebrachten Leben nicht via eine höchstens unzulängliche Würdigung zum erneuten Mal ihrer Existenz zu berauben.

## Provenienzforschung

Das Resultat der angekündigten rund 20 Exponate der Bührlesammlung, die der externe Provenienzforscher Raphael Gross einer erneuten Überprüfung unterzieht, wird voraussichtlich im nächsten Sommer kommuniziert. Je nach Verdikt, ob diese Stichproben der vorherigen Provenienzforschung von Lukas Gloor als dem aktuellen Anspruch der Forschung gemäss genügend angesehen werden kann oder nicht, eröffnet sich ein nochmals weiterer Fragenkatalog. In der hauseigenen Sammlung hängen neu Täfelchen an den Gemälden, deren Provenienz aktuell infrage steht. Bei über dreissig besteht ein Verdacht, der intern von Joachim Sieber und Team überprüft werden muss. Ein verändertes Selbstverständnis zeigt sich also auch im Moserbau, was darauf schliessen lässt, dass es Ann Demeester ernst ist, mit offenem Visier in die Debatte einzutreten.

**«Eine Zukunft für die Vergangenheit. Sammlung Bührle: Kunst, Kontext, Krieg und Konflikt»**, Kunsthaus Zürich. Mittwochs ist der Eintritt frei und dann findet von 16.15 bis 18h das Format «Das Kunsthaus hört zu» statt.

## Stossrichtung

**Die Unschuldsvermutung hat geschlechtsspezifisch unterschiedliche Gegenkräfte.**

Ob Sandra (Sandra Hüller) ihren Lebenspartner Vincent (Swann Arlaud) vom Balkon in den Tod gestürzt hat, rückt als Frage in «Anatomie d'une chute» von Justine Triet immer weiter hinter jene zurück, weshalb es landläufig so leicht fällt, zu glauben, dass. Das Drehbuch von Justine Triet und Arthur Harari legt ein Indiziengeflecht aus, das eine immer deutlicher werdende Stossrichtung entwickelt, die angeklagte Frau – und das Geschlecht ist hier wesentlich – als ohnehin egozentrisch agierend vorzuführen, was ihre Sympathie immer weiter schmälert, was die Plausibilität, sie wäre zum Äussersten fähig, im Gegenzug immer wahrscheinlicher erscheinen lässt. Die Erzählweise ist regelrecht hinterhältig. Die angeklagte Figur verweigert sich der dramatisierenden Selbstinszenierung. Sie sagt, was wie war und belässt es dabei. Isoliert von der tendenziösen Befragung des Staatsanwalts (Antoine Reinartz) klängen ihre Worte allein selbstbewusst, emanzipiert und ergäben das Bild einer rationalen, kompromissoffenen Person in einer nicht ungewöhnlich strapazierten Paarbeziehung. Durch die Art der Aneinanderreihung von immer weiteren Zweifeln, letztlich direkt



an der Integrität der Figur überhaupt, beginnen einem selbst als Publikum die Felle davonzuschwimmen, innerlich eine dezidierte Gegenwehr gegen diese systematische Schuldzuschreibung zu bewahren. Das von ihr gezeichnete Bild beinhaltet sämtliche erdenklichen Vorwürfe an eine Frau, die sich nicht mit ihrer angestammten Rolle bescheidet. Aufgrund ihres beruflichen Erfolges wird ihr ein egoistischer Starrsinn unterstellt, aus ihrer Ernährerinnenrolle wird ein Automatismus als sogenannte schlechte Mutter abgeleitet und ihr recht beiläufig aber beharrlich gelebter Anspruch auf eine sie beglückende Sexualität drängt sie in die Ecke einer Hure. Letztlich steht nicht sie am Pranger, sondern eine erfolgreiche Frauenemanzipation. *froh.*

«Anatomie d'une chute» spielt in den Kinos Frame, Houdini, Le Paris, Piccadilly.

## Ordnung

**Was Gier und Prinzipienreiterei bis zum Untergang auch die Umgebung kostet.**

Die Bühne von Beate Fassnacht könnte vergangenen Glanz also Rost ebenso meinen wie die einschüchternde Gesamtvertäferung eines Kontors. Die Bürokratie in Form eines anscheinend wohlwollenden Amtsmanns (Katharina von Bock) stiehlt sich nach dem Häkchen unter der Aufgabe aus der Verantwortung, schielt allein nach dem Geld. Einmal angestachelt, werden sich die befreundeten Bauern Marti (Michael von Burg) und Manz (Pit-Arne Pietz) spinnefeind, treiben ihre Rechthaberei bis zum Exzess, nochmals befeuert von der diebischen Freude auf die Aussicht, den jeweils anderen zu ruinieren. Frau Manz (Miriam Wagner) wirkt in ihren Intrigen als einzige Figur aus Gottfried Kellers «Romeo und Julia aus dem Dorfe» heute aus der Zeit gefallen, derweil das Seldwyla-Lehrstück über 150 Jahre nach der Niederschrift ansonsten keine weitere künstliche Verheutigung benötigt, um als Parabel für zig mögliche Problemlagen seine Wirkung zu entfalten. Die Kinder Sali (Antonion Ramón Luque) und insbesondere Vreni (Mia Lüscher) können nicht anders. Was sie auch immer unternehmen, ihre gegenseitige Anziehung zu unterdrücken, es bleibt



(Bild: Judith Schlosser)

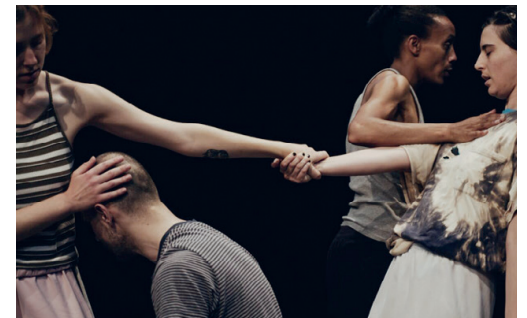
vergebens. Die Regie von Elias Perrig und die Dramatisierung von Dagrún Hintze entnehmen die beiden dem Spiel und setzen sie in der erzählenden Position mit einer reflektierenden Distanz wieder ein, sodass ihre Schicksale noch verstärkt ausweglos wirken. Ihre romantische Ausflucht im gemeinsamen Hinschied in der Hoffnung auf eine Vereinigung im Jenseits, nachdem sie bei den von der Dorfgesellschaft Ausgestossenen und Entrechteten erstmals eine wirklich grosse Freiheit erfahren, ist in ihrer Konsequenz ebenso Sinnbild für eine überfordernde Ohnmacht wie die stete Versteifung der beiden Väter in ihrem Hass gegeneinander. Die Bürokratie hat ihre Ordnung, die Prinzipien sind durchgeboxt, die Kosten tragen allein ursächlich überhaupt Schuldlose, die damit auch noch virtuos umgehen. *froh.*

«Romeo und Julia auf dem Dorfe», 5.11., Theater Kanton Zürich, Winterthur.

## Monoton

**Vier Himmelskörper unternehmen den Versuch, das physikalische Gesetz auszuhebeln.**

Verblüffenderweise entscheidet sich Cosima Grand dafür, in ihrer vierten Choreographie «things veer» (gemäss der Übersetzung in einfache Sprache steht dies für Dinge wechseln die Richtung) ihren üblicherweise filigran eingearbeiteten und gerade deshalb überraschend hereinbrechenden Witz beinahe gänzlich gen Null zu reduzieren. Die vier Tänzer:innen Hanna Hedman, Nina Richard, Emma Saba und Roger Sala Reyner tragen einen Bluetoothlautsprecher über ihrem freigelegten Solarplexus und sind dem daraus ertönenden Klangdirigat zu Beginn ganz offensichtlich untertan. Die Befreiung während der knappen Stunde wird sich allein in einer Richtungsänderung wie der aktiven Eigenübernahme der Klanggenerierung äussern, was nicht minder krächzt als die vorangegangene Version. Die durchgehende Düsterei der Lichtstimmung und die beinahe schon in



(Bild: Michelle Ettlin)

Richtung Meditation tendierende Monotonie der ewiggleichen Wiederholung in einer nur minimal justierten Veränderung der einzelnen Bewegungen, die sich rund um das auf der Bühne positionierte Publikum als anscheinend eine Rundumeinlullung beabsichtigend abspielt, ist mit dem Kopf wahrgenommen auch ein Bekenntnis zum Wagnis. Denn die Reaktion darauf ist nicht kontrollierbar. Insofern ist Cosima Grands nächster Schritt, obschon er tänzerisch wirkt, als bediene sie sich hauptsächlich beim Bewegungsrepertoire einer schulischen Aufwärmimprovisation, vermutlich ihr bislang waghalsigster Sprung ins Ungewisse. Einzelne ihrer Tänzer:innen proben in Minisequenzen, aus der gesamten Anziehungs-Abstossungs-(Um-)Laufbahn komplett auszubrechen, scheinen jedoch aus lauter Furcht vor der dahinter befindlichen Ungewissheit im letzten Augenblick doch immer wieder den Schutz der Sicherheit beim Altbewährten zu suchen. Kann (gesellschafts- oder welt-)politisch gelesen werden, liegt aber überhaupt nicht vordergründig auf der Hand. Es ist vielmehr Formenspiel und dauert dafür letztlich zu lang. *froh.*

«things veer», bis 12.11., Tanzhaus, Zürich.

# Was die Flüsse sich und uns zu sagen haben

## Samstag, 11. November

8.30 SWR: «**Spass am Lesen.**» Katja Hanke zeigt, wie Kinder für Bücher begeistert werden können.

11.00 DLF: «**Im Vollrausch.**» Dänemarks Jugend und der Alkohol. Gunnar Köhne in der Reihe Gesichter Europas. Parallel bei SRF 2 als Reprise: Roswitha Schmalenbach, die erste Moderatorin von «Musik für einen Gast» als Gast.

17.00 SWR: «**Zeitgenossinnen.**» Eva von Redecker. Aufgewachsen ist die 1982 geborene feministische Philosophin und Autorin auf dem Biobauernhof ihrer Eltern, und heute lebt sie wieder auf dem Land. «Revolution



für das Leben» nennt sie ihre «Philosophie der neuen Protestformen». Unser bisheriger, liberaler Freiheitsbegriff und der Kapitalismus seien für das Anthropozän ungeeignet, meint sie und plädiert angesichts weltweiter ökologischer Krisen für solidarische Formen des Handelns, auch bezüglich Natur: Regenerieren statt Ausbeuten, Pflegen statt Beherrschen, Teilhaben statt Verwerten. «Bleibefreiheit» heisst ihr jüngstes Buch.

19.00 SWR: «**Der Tod in ihren Händen.**» Krimi nach dem Roman von Ottessa Moshfegh.

20.00 DLF: «**Die Konferenz der Flüsse.**» Hörspiel von Denise Reimann und Frank Raddatz. Was würden die Flüsse der Welt uns sagen, wenn sie mit uns sprechen könnten? Und wie kommunizieren sie untereinander? In der mehrteiligen Produktion sind viele Stimmen zu hören: etwa die des etwas vergesslichen Rheins, der vornehmen Donau, des gebildeten Jangtse, der quirligen Spree, des abgeklärten Mississippi oder der verzweifelten Garonne. Sie unterhalten sich über ihren Einfluss auf die Kulturgeschichte der Menschen, klagen einander ihr Leid über die Einwirkungen dieser Spezies – Begradigungen, Staudämme, Verunreinigungen. Sie berichten mit Schauern von häufiger werdenden Dürreperioden einer- und Hochwasserkatastrophen andererseits und bestärken sich gegenseitig im Wunsch, ihrer eigentlichen Natur wieder näherzukommen. In einer Woche dann wird die Konferenz weitergeführt... Parallel dazu bei SRF 2: «Welcher Art die Wärme ist» von M. Nadj Abonji, C. Andreotti und P. De Martin. In die 2022 vom Bayerischen Rundfunk mit Radio SRF realisierte und damals als «Hörspiel des Monats» gekürte Produktion flossen Erinnerungen an die Illegalisierung der eigenen Familien ein. Rund eine halbe Million Kinder von Saisonnières lebte von 1950 bis 2000 unter deren Bedingungen in der Schweiz oder blieb in der Heimat zurück, denn Familiennachzug war verboten. Wiederholt wird dieses Radiodokument, weil es nun für den Hörspielpreis der ARD nominiert ist. Auch bei SWR 2 Kultur stehen die ARD-Hörspieltage im Zentrum. Die

ersten zwei Stunden des Abends sind der Preisverleihung in Karlsruhe gewidmet.

22.00 DLF: «**In der deutschen Nachkriegszeit.**» Karl Höller, Gottfried Müller und Ottmar Gerster nach 1945. Klaus Gehrke berichtet vom Forum neuer Musik 2023. Und bei SWR 2: «We Insist!» Jazz & Civil Rights Movement. Niklas Wandt zum musikalischen Protest gegen gesellschaftliche Zustände.

23.00 SWR: «**Accidental Paradise.**» Hörspiel von Werner Cee. Vor zehn Jahren fuhr der Medienkünstler zum Salton Sea in Kalifornien, unweit der Grenze zu Mexiko. Dort war jahrhundertlang eine Wüste, doch durch Überschwemmungen des Colorado River und kulturelle Landgewinnung entstand laut Vorschau «ein Gebiet, dessen Landschaft Natur und Kulturprodukt zugleich ist. Eine Szenerie zwischen Paradies und Apokalypse». Die durch einen Videofilm ergänzte, vom Goethe-Institut Los Angeles realisierte Produktion bleibt auch online abrufbar. Gleichzeitig beginnt beim DLF eine von Michael Frank zum 80. Geburtstag der kanadischen Musikerin, Textdichterin und Malerin Joni Mitchell gestaltete Lange Nacht: «Vielfalt, Ambivalenzen und Tattoos.»

## Sonntag, 12. November

8.30 SRF 2: «**Messianische Wehen in Nahost?**» Judith Wipfler fragt in den Perspektiven nach Zusammenhängen zwischen dem aktuellen Gewaltausbruch und messianischen Strömungen auch weltweit. Parallel bei SWR 2: «Die Psychologie des Alterns.» Science Talk mit dem Altersforscher Professor Hans-Werner Wahl.

9.30 DLF: «**Putin nach Den Haag?**» Der Haftbefehl, der Angriffskrieg und das Völkerrecht. Essay von Horst Meier. Der brisante Fall wirft komplexe juristische und politische Fragen auf – Ausgang offen. Anlass genug, die Hoffnungen und Enttäuschungen, die das Völkerrecht bietet, nüchtern zu analysieren.

11.00 SRF 2: «**Zwei mit Buch.**» Ein ungewöhnliches Paar in bewegten Zeiten: Lea Singers Roman «Die Heilige des Trinkers».

12.00 SWR: «**Philadelphias Mustergängnis im Namen Gottes.**» Michael Marek über ein legendäres Zuchthaus, das von der Aufklärung inspirierte Quäker bauen liessen.

12.40 SRF 2: «**Musik für einen Gast.**» Noch eine Reprise: Erika Mann, Schauspielerin und Kabarettistin.

13.30 DLF: «**Zwischentöne.**» Musik und Fragen zur Person. Manos Tsangaris, Komponist, Theatermacher, Trommler, Lyriker, Zeichner, Installationskünstler...

14.00 SWR: «**Oma macht das Internet kaputt.**» Hörspiel nach dem Kinderbuch von Marc-Uwe Kling. Unglaublich, oder? Sie schaltete es mit einem «Klick-klick» zufällig aus. Und zwar das ganze. Komplett, auf der ganzen Welt! «Urkomisch.»

15.00 SRF 2: «**Loriot – der preussische Bajazzo.**» Ein Feature von Günter Kaindls-

torfer zum 100. Geburtstag des deutschen Humoristen und Humanisten. Und beim DLF in Rock et cetera: «Beirut Rocks!» Marcel Anders über The Wanton Bishops, die frevelhaften Bischöfe.

16.30 DLF: «**Kein Totenbett aus Blüten.**» Über die Trauer der Frühmenschen. Michael StangI in Forschung aktuell.

18.20 SWR: «**ARD-Hörspieltage.**» Das Gewinnerstück des Deutschen Hörspielpreises 2023 – inklusive Jurybegründung.

20.00 DLF: «**Geschlecht: Braucht Mensch das?**» Feature von Teresa Schomburg. Teil zwei.

23.00 SWR: «**Stören.**» Start einer Essayfolge von Reiner Nihoff und Sven Rucker. Stören stört. Etwas lenkt ab, unterbricht mich, etwas blockiert mich, drängt sich ein. Doch sind die Störungen nicht auch notwendig, um etwas in Gang zu setzen, entstehen zu lassen?

## Montag, 13. November

8.30 SWR: «**Gemeinsam gegen die Demokratie.**» Konstantin Müller über Islamisten und Rechtsextreme. Danach in der Musikstunde der Beginn einer Reise rund um die Ostsee: «Mare Balticum.» Bis und mit Freitag. Zweitausstrahlung jeweils nach 23 Uhr.

14.00 SRF 1: «**Beziehungsweisen**» nach Guy de Maupassant. Hörspiel-Reprise.

15.00 SWR: «**Zwischen zwei Ländern.**» Philipp Lemmerich über das Erbe der italienischen Arbeitsmigration.

15.30 SWR: «**Nachtfrauen.**» Roman von Maja Haderlap. Gelesen von Petra Morzé und Gertrud Roll in vierundzwanzig Folgen. Mira ist aus Wien zu ihrer Mutter nach Südkärnten gekommen. Sie soll der alten Anni klarmachen, dass sie aus ihrem Haus ausziehen muss, weil es abgerissen werden soll... Angekündigt als «kraftvoller Roman über drei Generationen von Frauen, deren Entfremdung und Wiederannäherung.»

## Dienstag, 14. November

19.15 DLF: «**Vier alte Freunde und der Krieg.**» Kolumbiens gespaltene Gesellschaft. Das südamerikanische Land ist seit Jahrzehnten von Gewalt geprägt. Woran liegt es? Vier Freundinnen und Freunde, vier Blickwinkel. An ihrem Beispiel wird deutlich, welche Interessen und Konflikte für die unversöhnliche Polarisierung verantwortlich sind.

20.00 DLF: «**Perpetuum mobile.**» Hörstück nach Paul Scheerbart. Eine Inszenierung von Wittmann/Zeitblom. «Eine ewig bewegliche Maschine? Gibt's nicht! Die physikalischen Hauptsätze sprechen dagegen!» Und doch...

21.00 SWR: «**Mushrooms & Music.**» Mit John Cage in die Pilze. Ein spätherbstlicher Beitrag von Lutz Neitzert. Künstlerisch, kulinarisch und meditativ begegnete Cage mit offenen Augen und Ohren dem Rötleritterling, Glimmertintling oder dem

nach ihm benannten Zweifarbigen Wasserkopf: im Wald wie im Konzertsaal.



22.00 DLF: «**Präludium zur Katastrophe?**» Bettina Mittelstrass zur Musik in Deutschland im Jahr 1923. Um im Land den Ton anzugeben, führte Adolf Hitler am 9. November die NS-Bewegung in München Richtung Feldherrnhalle. Er setzte auf einen gesamtdeutschen Putsch, doch der ging damals noch unter - im Konzert aus Hyperinflation und politischer Verunsicherung, aber auch fast hysterischer Lebenslust und Aufbruchsstimmung.

## Mittwoch, 15. November

8.30 SWR: «**Denkmalschutz und Energiewende vereinbaren – geht das?**» Fragte sich Richard Fuchs.

20.00 SRF 1: «**Schluss mit lustig?**» Ein Streifzug durch die deutsche Kabarett-Szene. Und bei SRF 2: «Üben üben.» Gespräche mit der Schlagzeugerin Louisa Marxen.

21.00 DLF: «**Nachgelacht.**» Sisters of Comedy 2023. Der erste Mitschnitt.

## Donnerstag, 16. November

8.30 SWR: «**Wenn Informationen krank machen.**» Franziska Hochwald über Selbstdiagnose und Cyberchondrie.

15.00 SWR: «**Letzte Reise in die Heimat.**» Igal Avidan fuhr mit der Mutter nach Rumänien.

20.00 SWR: «**Liebes- und Kampflieder der Kurden.**» Rolf Killius in MusikGlobal.

## Freitag, 17. November

8.30 SWR: «**Teuer, verspätet, kompliziert.**» Dirk Asendorpf über die Wasserstoff-Wende.

9.00 und 18.30 SRF 2: «**Kontext.**» Kinder aus Samenspenden: Genetische Väter finden.

15.00 SWR: «**Ausbeutung auf der Autobahn.**» Trucker aus Osteuropa. Feature von Ernst-Ludwig von Aster und Anja Schrum.

20.00 DLF: «**Morgens um halb zehn.**» Arbeitswelten in Deutschland und Japan. Feature von Julia Shimura. Parallel bei SRF 1: «November.» Krimi nach Georges Simenon. Und bei SRF 2: «Georg Elser und der Tyrannenmord.» Eine Passage von Felix Münger. Zweitausstrahlung am Sonntag nach 15 Uhr. Dann dazu mehr!

**DLF/Deutschlandfunk – 100,6 und 105,1 MHz. SWR/Südwestrundfunk 2 – 90,4 und 97,9 MHz auf UKW sowie in digitalen Kanälen und Netzen. Die allermeisten dieser Sendungen finden sich auch im Podcast-Angebot!**

# Bücher der Woche

## Kolonialismus



Die Deutschen haben eine relativ kurze und auch nicht sehr erfolgreiche Geschichte als Kolonialisten – abgesehen von ihren Händlern, die sich wie die Schweizer auch am Sklavenhandel direkt und vor allem indirekt beteiligten. Offiziell war Deutschland in

Deutsch-Ostafrika an einem der grössten Gräueltaten des Kolonialismus beteiligt, und ihr Verursacher, Hermann von Wissmann wurde lange als Held mit Statuen verehrt und verlor diesen Ruhm erst in den 1968er-Jahren, als seine Denkmäler gestürzt wurden. Dazu beschäftigt vor allem in Deutschland und dort verbissen die Historiker:innen die Frage, ob der Antisemitismus sozusagen eine Unterart des Rassismus oder etwas Einzigartiges sei. Eine Frage, die sicher sehr aktuell ist und auf die Jürgen Zimmerer in einem Interview sehr differenziert antwortet. Indirekt auch Felix Brahm in einem weiteren Interview, in dem er feststellt, dass beim Kolonialismus zuerst das Geschäft und der Gewinn da waren und dass, um ihn und die massenhafte Verschleppung der Schwarzen in andere Kontinente zu rechtfertigen, der Rassismus als Begründung hinzugezogen wurde. Beim Antisemitismus ist es eher umgekehrt. Im übrigen liefert das Heft wie immer eine bunte Palette von Beiträgen, die sich mit den kulturellen und ökonomischen Aspekten des deutschen Kolonialismus beschäftigen. *kl.*

«Zeit» Geschichte: **Der deutsche Kolonialismus.** Heft 5, 2023, 122 Seiten, 16 Franken.

## Söldner

Das «Spiegel»-Heft zum Wesen der Söldner ist nicht mehr ganz so aktuell, wie es vor einem halben Jahr gewesen wäre, als die Wagner-Gruppe eine innerrussische Revolte anzettelte, die allerdings unerwartet rasch zusammenbrach und ihrem Anführer den Tod eintrug. Selbstverständlich fehlt die Geschichte dieser Gruppe im Heft nicht. Dargestellt werden weitere Ausschnitte aus 4300 Jahren Söldnertum, aus dieser Chronologie werden einzelne Ereignisse speziell hervorgehoben. Söldner spielten im römischen Reich eine zentrale Rolle, es war auch ein Söldnertrupp, der das Reich schliesslich zum Einsturz brachte. Den eidgenössischen Söldnern des Mittelalters ist auch ein Kapitel gewidmet, wobei im 30jährigen Krieg die Söldnerheere eine zentrale Rolle spielten. Eine Rolle, die sie mit dem aufkommenden Nationalismus und der Wehrpflicht für alle Männer mit der Zeit verloren. Wobei ihnen, wie etwa in der berühmten französischen Fremdenlegion, immer noch die Rolle blieb, dort eingesetzt zu werden, wo man die regulären Truppen nicht



hinschicken wollte. Wie heute die Wagnergruppe in Afrika. Söldner haben, neben dem Risiko, dass sie ein besseres Angebot oft mit Erfolg lockt, zwei Vorteile: Sie beherrschen meist ihr Handwerk und wenn sie fallen, protestieren keine Mütter und Ehefrauen vor dem Rathaus. *kl.*

«Spiegel» Geschichte: **Söldner.** Das Geschäft mit dem Tod. Heft 5, 2023, 146 Seiten, 16.50 Franken.

## Bundesrat

«NZZ-Geschichte» befasst sich, durchaus aktuell, mit der Geschichte des Bundesrats. Im Hauptartikel widmen sich Adrian Vatter, Rahel Freiburghaus und Patrick Feuz dem Zentralthema der Macht des Bundesrats und der fast unerfüllbaren Wünsche dazu. Man möchte und verlangt auch immer wieder



den einen Bundesrat, der führt, der die grossen Probleme anpackt, der aber gleichzeitig ja nicht zu mächtig werden darf. Immer wieder ertönt der Ruf nach Reformen und immer wieder (oder zumindest sehr oft) bleibt es beim Fast-Alten, da man sich auf keine Neugigkeit einigen

kann. Paradebeispiel derzeit: Die Zauberformel finden ganz viele eigentlich vorbei, sie wird aber wohl bleiben, weil zu viele etwas davon haben, der Zwang zur Änderung zu klein ist und die Grünen zu schwach sind. Ein anderer Artikel befasst sich mit der Protokollierung, respektive der Nichtprotokollierung der Bundesratssitzungen. Der dritte Artikel widmet sich den finanziellen Zwängen von Bundesräten, vor allem in der Vergangenheit. Es gab etliche Bundesräte, die nicht zurücktreten konnten, weil sie auf den Lohn angewiesen waren. Ein Thema, das heute eher bei den Nationalrät:innen relevant ist. Ein längerer Artikel des Heftes widmet sich der Spionin Sonia und ein weiterer der Fremdplatzierung von Kindern. *kl.*

NZZ Geschichte: **Wie regiert man ein Land?** Heft 5, 2023, 114 Seiten, 19 Franken.

## Krimi der Woche



Kalmann weiss, dass er anders ist, das hat er längst akzeptiert. Er handelt bedächtig, denkt erfrischend naiv und gilt als Unikum im Dorf an Islands Nordküste. Aber Kalmann kann Gut und Böse klar unterscheiden, hat viel intuitives Gespür und tut das Richtige. Bald Mitte Dreissig, ist er der selbsternannte Sheriff in Raufarhöfn. Allerdings hat sich seit seiner gefährlichen Konfrontation mit einem Eisbären – im ersten Krimi mit Kalmann – vieles verändert, für ihn nicht zum Guten. Seine Heldentat wurde zwar gross gefeiert, aber seine Waffen wurden ihm weggenommen, nicht einmal sein Messer durfte er behalten. Sein Grossvater ist im Pflegeheim, später

stirbt er. Er lebt nun vorwiegend mit seiner Mutter in der nahen Stadt. In seinen etwas öden Alltags-trott platzt die Einladung seines Vaters, über Weihnachten nach Amerika zu kommen. Die Reise in den Süden der USA bleibt kurz und endet in einem Fiasko. Erst genießt Kalmann die Weihnachtstage in der Familie seines Vaters. Kurz nach den Feiertagen bricht der Clan jedoch auf nach Washington und folgt dem Aufruf Trumps. Plötzlich steckt Kalmann mitten in den Turbulenzen ums Capitol, verliert Kontakt zu seiner Familie, wird vom FBI aufgegriffen, von einer netten PoC (Person of Color) verhört, muss feststellen, dass der Name seines Grossvaters im FBI-System erscheint und wird unvermittelt in ein Flugzeug zurück nach Island verfrachtet. Kalmann und seine Mutter müssen, wegen der Pandemie, fünf Tage in Quarantäne. Kalman denkt nach und fragt sich: Weshalb war sein Grossvater auf einer US-Blacklist? Warum hatte er beim letzten Besuch mit seinem Enkel Russisch gesprochen? Was hatte das mit einem fliegenden Berg zu

tun? War Grossvater vielleicht ein Spion? Kalmann bespricht seine Fragen per Video mit seinem virtuellen Freund Noi. Wieder zu Hause sichten Kalmann und seine Mutter die unzähligen Fotos, die Grossvater auf den häufigen Ausflügen geknipst hat. Als vordergründiges Motiv auf den Bildern die beiden Töchter und im Hintergrund immer der Berg, auf dem jahrzehntlang eine US-Radarstation in Betrieb war. Jetzt kommt rasante Bewegung in den Plot. Kalmann handelt ungemein klug, gerät in höchste Lebensgefahr. Der liebenswerte Kalmann berichtet die Geschichte in der Ich-Form, er erzählt bedächtig und ausführlich. Der Bezug zu realen Ereignissen sowie die differenzierten Beschreibungen von isländischem Leben verflechten das Ganze zum spannenden Pageturner.

Marianne de Mestral

Joachim B. Schmidt: **Kalmann und der schlafende Berg.** Diogenes Verlag 2023, 302 Seiten, 33.90 Franken.

## Lacher

### Der beissenden Ironie der Inszenierung fehlt das pathetische Gegengewicht.

Nach der Pause der Neuinszenierung der Shake Musicalcompany von «Im weissen Rössl» legt der Spott erst richtig los. Die beabsichtigt ausserordentlich schweiztümelnnde Adaption mit aufgesetztem Eesterächisch des Operettenklassikers



(Bild: Caro Koopman)

von Ralph Benatzky mit einem vierköpfigen Livemusikensemble hatte an der besuchten Vorstellung Anlaufschwierigkeiten. Das machte sich auch technisch bemerkbar, insbesondere in Verstärkung der Gesangsstimmen, weshalb ausser den deutlich herausragenden von Matthias Liener als unglücklich verliebter Zahlkellner Leopold, Mario Gremlich als ungehaltenem Berliner Fabrikant Gieseke sowie Victoria Sedlacek und Marianne Curn als Töchter der dramaturgisch notgedrungen vorerst konkurrierenden Väter, nur beschränkt ein Urteil überhaupt möglich ist. Die Breakdance-Einlage von Lavdrim Xhemaili ist trotz der beschränkten Platzverhältnisse erinnerungswürdig und die schauspielerische Leistung des gesamten Ensembles ist bestes Schwankhandwerk. Was vor allem musikalisch fehlt, ist der schmachtende Pathos, der in den vielen Ohrwürmern regelrecht angelegt ist und erst ein Gefälle gegenüber der deutlichen Ironie überhaupt herstellen, den gesamten Spass also nochmals deutlich steigern könnte. Die Ausstattung von Roman Fischer (Bühne) und Kathrin Kündig (Kostüme) kennt hingegen kein Pardon: Die Muh-Kuh-Herrenkollektion ist vergleichbar überraschend, wie die auftragend wirkende Salzkammergut-Tracht für Susanne Kunz, damit sie ihrer Hoteleignerin dem in der Vorlage angelegten burschikosen Wesen auch optisch Gewicht verleihen kann. Die kaiserliche Stippvisite ist als allabendliches Geheimnis auf verschiedene Gäste verteilt, die von Martin Schurr regieseitig vor allem darauf gedrillt werden, im Wortsinn nicht aus dem Rahmen zu fallen. Kurzum, das Vergnügen ist reihum als gross erkennbar und die erfolgreichsten Lacher erzielt das Stück mit den sich am offenkundigsten anbahnenden Pointen. *froh.*

«Im weissen Rössl», bis 31.12., Bernhardtheater, Zürich.



(Bild: Monika Rittershaus)

## Nach dem Weltuntergang einfach weiter

**Nach 16 Stunden Musik (in vier Abenden) eine grosse Leerstelle: Wenn im Opernhaus am Schluss von Wagners «Ring des Nibelungen» die Burg der Götter und die Welt abgefackelt werden, dreht die Drehbühne weiter. Das Regiekonzept der märchenhaften Nacherzählung kommt an seine Grenzen, der musikalische Bogen besticht aber.**

**Tobias Gerosa**

Da wurde Gold geraubt, geschmiedet, Macht und Liebe errungen, verloren, verspielt und geraubt – und am Schluss geht die ganze Welt im Feuer auf. Richard Wagner dachte nirgends klein, als er seinen vierteiligen Ring schrieb, am Opernhaus haben Intendant Andreas Homoki als Regisseur und Chefdirigent Gianandrea Noseda den Zyklus mit der Götterdämmerung abgeschlossen – und die Vorstellungen waren sämtliche schon vor der Premiere so gut wie ausverkauft. Was sich in den ersten drei Abenden anbahnte, bestätigt sich nun in diesem gut fünfständigen Schlussstück.

Was Noseda an romantischen Farben, an Klarheit in den Leitmotiven, an Rhetorik und Dynamik aus der (bei der Premiere keinesfalls unfallfreien) hochmotivierten Philharmonia Zürich herausarbeitet, besticht ganz unmittelbar. Der Regisseur gönnt ihnen in den Zwischenspielen un-

gestörte Aufmerksamkeit, indem der Vorhang da runtergeht.

Ein Ring-Orchester kann die Sängerinnen und Sänger leicht auch zudecken und das Opernhaus ist für die ganz grossen Orchesterbesetzungen ziemlich klein. Noseda hat auch diese beiden Probleme im Griff – ja, die Besetzung kann stimmlich sogar oft zurückgehen, fast automatisch bekommt der Text so grössere Bedeutung und mit ihm das Schauspiel. Davon profitieren vor allem Camilla Nyland in der Monsterpartie die verstosene Göttertochter Brünnhilde. Wie sie sich in die Rolle wirft, die Spannweite von wunderbar zart bis gefährlich fauchend auslotet und dabei eine tiefmenschliche, verzweifelt Liebende spielt, ist grandios. Stimmlich steht ihr Klaus Florian Vogt als Siegfried – erst ihr Geliebter, dann unschuldiger Verräter – in nichts nach (wie auch Sarah Ferede als Brünnhildes Schwester Waltraute).

Darin, wie genau die Rollen aus Text und Musik gearbeitet werden, wie spannend ihre Beziehungen sind, hat der Abend (und dieser ganze Ring) sehr grosse Stärken. Nur in der Götterdämmerung stösst das Regiekonzept aber an Grenzen. Homoki und sein Ausstatter Christian Schmidt wollen die mythisch überhöhte Handlung möglichst einfach als manchmal sogar naives Märchen erzählen. Beim Zusammenbruch des beschriebenen Gesellschaftssystems, bei der Frage nach dem Wesen der Macht aber lässt dieses Konzept vieles, zu vieles offen. Kann man inszenierend nicht interpretieren?

Die Bühne dreht einfach weiter, wie schon seit Beginn des ersten Abends.

«Götterdämmerung», bis 26.5.24, Opernhaus, Zürich.

## Bildhaft

### «Ggrell» entwirft eine male- rische Vorstellung des unbe- kannten eigenen Grossvaters.

Wenn zum Schluss der Lokalhistoriker aus dem Off eine um die andere der von Hanspeter Müller-Drossaart zuvor sorgfältig-filigran aufgerichteten Lebensanekdoten über seinen Grossvater als unwahrscheinlich zerpfückt, wirken diese Einwände publikumsseitig vielmehr wie Pedanterie. Denn in den vorangegangenen achtzig Minuten hat Hanspeter Müller-Drossaart eine mögliche Lebensrealität in der Mitte des 19. Jahrhunderts in Obwalden allein erzählerisch dermassen bildhaft aufgebaut, dass man längst der Verlockung erlegen ist, diese nachgerade plastisch greifbare Erzählung mit eigenen Kopfbildern zu einem Sittenbild zu komplettieren. Zwei junge Fuhrmänner, eben der Berg-Baschi Sepp und der jung zugereiste Giorgio, werden entgegen aller Wahrscheinlichkeit Freunde fürs Leben. Ein Fabrikant aus Deutschland, der seine Sommer im Kurhotel verbringt, interessiert sich für diese aus seiner Warte exotischen Leben. Changierend zwischen einem realen Interesse, daraus einen Roman entwickeln zu wollen und reiner Freizeitbeschäftigung während eines doch eher ereignisarmen Aufenthalts, befragt dieser hauptsächlich den Berg-Baschi Sepp über des-



(Bild: Markus Flück)

sen arbeitsreiches, karges Leben, seine zögerliche Annäherung an die Liebe. Die Verwunderung ist gross, als der Herr von Welt entdeckt, dass Berg-Baschi Sepp trotz der geografischen Abgeschiedenheit und seiner bäuerlichen Herkunft über ein weltläufiges Wissen verfügt, das er sich dank der Hotelbibliothek angelesen hat. «Ggrell» (das Klingeln der Kutschglocke) ist ein gewieftes Vexierspiel mit Vorstellungen über das ärmliche Dasein von Vorfahren, die aus der Tatsache, das Herz an der rechten Stelle zu tragen, einen Stolz und darüber eine Grosszügigkeit entwickelten, die vielleicht ja in irgendeiner Form über die Generationen im Erzähler höchstselbst als Erbanlage ihren Widerhall findet. Ein verträumtes den Gedanken Nachhängen, die gespiesen sind von Sehnsucht und Selbstvergewisserung. *froh.*

«Ggrell», 4.11., Sogar Theater, Zürich.

## Akrobatisch

### Max Merker mischt diverse Gedankengebilde und Lebens- daten Franz Kafkas neu auf.

Das Haus ist schief, nicht aber der Segen. Ein junger Schauspieler erwartet von seinem Abenteuer in der Fremde ein fulminantes Engagement, muss aber gleich improvisieren. Den sterbenden Kafka soll er geben. «Können sie das?», fragt die zum Wanst aufgepolsterte Direx Milva Schark rhetorisch und wirft Aaron Hitz – «ich bin doch gar noch nicht fertig ausgebildet» – ins kalte Wasser. Einmal im Sanatoriumsbett, verwandelt sich Kafka in Max Merker, später wird er sich inklusive Alice Hanimyan vervierfachen und den akrobatischen Gedankengebilden des Autors eine körperliche Entsprechung nachliefern müssen. Und dies in einem Heidentempo des kontinuierlichen Wandels. Dieser Slapstick ist hier aber nicht nur gekonnt ausgeführtes physical theatre, sondern auch eine Herausforderung fürs Hirn. Woher die Banane kommt, wieso sich die Zeit in Schlaufen abspielt und was jetzt genau ein Maulwurf mit Gregor Samsa zu tun hat, erschliesst sich im Einzelfall nicht unbedingt auf Anhieb, was indes gar keine Rolle spielt, weil hier Form und Inhalt um die strapaziöseste Überführung von Irrsinn respektive Wahn oder dann eben auch wieder reell Kafkaeskes in eine elegante



(Bild: Joel Schweizer)

Sinnhaftigkeit auf absichtlich recht tappsig Weise konkurrieren und dabei höchstselbst jede Orientierung zu verlieren scheinen. Je nach Intensität der Kenntnis von Kafkas Werk, also dem zu Lebzeiten veröffentlichten, klingen immer wieder assoziativ bekannte Augenblicke auf, die dann mit den Tiefen des reichhaltigen, nicht veröffentlichten Werks in einen Dialog treten und die scheinbare Gewissheit wie von Geisterhand in eine Verwunderung verwandeln. Dass Witz eine ernste Angelegenheit ist, erfährt in dieser Produktion des Theaters Biel-Solothurn eine unbedingte Betonung, wengleich die schweisstreibend-zirkensischen Einlagen der Schauspieler:innen den Anschein einer lockeren Leichtigkeit anstreben, was dann wieder eine Feier des Nonsens wäre. *froh.*

«Kafka in Farbe», 2.11., Theater Winterthur, Winterthur.

## Verlockung

### Lot Vekemans drei Monologe für Eskapisten sind raffinierte Gedankenfallen.

Drei Herren verschiedenen Alters (alle: Götz van Ooyen) sind der Lebenskomplexität müde und finden je im selben Büchlein «Niemand wartet auf dich» eine ersehnte Anleitung, wie durch kolossale Versimplifizierung der Realitätsbetrachtung die Eigenverantwortlichkeit in Selbstgenügsamkeit umgewandelt werden kann. Also der Druck verschwindet. Ob der alte Mann mit ungelöst belastetem Verhältnis zum Sohn, der aus Ermangelung an sich selbst zuschreibbaren Erfolgen zurücktretende Fraktionsvorsitzende oder der in seinem Humor lange nicht mehr gefragte Comedian, alle drei arrangieren sich nach offenbar lange vergebenem Mühen mit einem Forfait. Die Krux des Stücks besteht darin, dass ihre Erzählweise jeweils lange exakt gegenteilig klingt. Als würden sie aktiv eine echte Bemühung beschreiben, die ihnen be-



(Bild: Ingo Hoehn)

gegenenden Unzulänglichkeiten einmal aus einer veränderten Perspektive zu betrachten, was einem Hinauswachsen über sich selbst gleichkäme, weil sie damit angeblich ihre bisherigen Scheuklappen ablegten. Jedem der Monologe stimmt man als Publikum innerlich erstmal zustimmend nickend zu, um sich dann selbst bei einer Denkbequemlichkeit zu ertappen. Vordergründig drängt es die drei zur Beantwortung der Sinnfrage, während deren Begründung ihnen der Dreipunkteplan des Büchleins aber eine Abkürzung anbietet, die letztlich bedrohliche Züge anzunehmen beginnt. Das aufkommende Unwohlsein wiederum steht in der Inszenierung von Udo van Ooyen in einem diametralen Widerspruch zur empathisch-intimen Nähe zu den Figuren, was wiederum schleichend das Vertrauen in die eigene Wahrnehmung hintertreibt. Aus dieser Mehrfachdisparität entwickelt sich erst die merkwürdige Anziehungskraft einer Totalvereinfachung der Lebensbetrachtung, die in ihrer Konsequenz das Gegenteil einer Perspektiverweiterung erwirkt, sich aber wohlig anfühlt, weil das Mittelpunkt-Ich mit einer Selbstzufriedenheit belohnt wird. Furchterregend. *froh.*

«Niemand wartet auf dich», 3.11., Kellertheater, Winterthur.

# Nachlese

So. Nachdem sich nun alle wieder erholt haben von all den Erd- und Rechtsrutschen und die Zahlen hoffentlich stimmen, könnten wir dann wieder über Politik reden? Ja? Gut. – Wahlen bedeuten, alleine gesehen, noch nichts. Manchmal erinnern sie eher an einen Markttest à la «Ariel oder Held?» Und wenn sich dann fast 30 Prozent für Ariel entscheiden, ist noch rein gar nichts über die Waschkraft dieser Entscheidung gesagt. Dass die SVP die wahlstärkste Partei der Schweiz ist, ist nur vielleicht wichtig. Viel wichtiger ist, dass sie es (leider) schafft, den Medien ihre Themenagenda aufzuzwingen, dass sie den Bereich des Sagbaren immer weiter nach rechts rückt, oder dass sie die anderen bürgerlichen Parteien in der Migrations- oder Europa-politik vor sich her treibt. Das schaffte sie aber auch schon mit viel geringerem Wahlanteil. Darin und in der Lufthoheit über den Stammtischen liegt ihre Macht, ansonsten ist sie politisch völlig randständig. Die SVP gewinnt nur, wenn die anderen bürgerlichen Parteien mitziehen.

Wir lernen: Das Volk hat immer Recht, nicht nur dort, wo es SVP wählt, sondern auch und gerade dann, wenn es danach in den Abstimmungen so manche SVP-«Lösung» ablehnt («Begrenzungsinitiative»). Das Wort «Lösungen» gehört meines Erachtens sowieso verboten in den nächsten Jahren. Erinnern Sie sich noch an die «Lösung» von Natalie Rickli bei den hohen Krankenkas-

senprämien? Sie empfahl de facto die Abschaffung der obligatorischen Grundversicherung, was etwa so intelligent ist, wie wenn ich Kopfab schneiden als Lösung bei

## Es geht also nicht um Lösungen auf Teufel komm raus, sonst könnte man ja einfach das Grüne Parteiprogramm nehmen und eins zu eins umsetzen.

Kopfweh empfehlen täte. Es geht also nicht um Lösungen auf Teufel komm raus, sonst könnte man ja einfach das Grüne Parteiprogramm nehmen und eins zu eins umsetzen.

Ich sehe aber nicht, wie sich die Lösungsfindungskompetenz des Parlaments in den nächsten vier Jahren verbessern sollte. Die bürgerliche Mehrheit inkl. Mitte hat in den letzten vier – ach was: in den letzten 175 Jahren zum heutigen Reformstau geführt. Höchstens Druck aus dem Ausland machte dem Parlament Beine. Daher sind neue Demokratie-Rezepte gefragt, nicht nur bei der Zauberformel. – Die beste Wahl-analysesendung im Schweizer Fernsehen wurde vor der Wahl ausgestrahlt: Ein Philosophischer Stammtisch am Wahlmorgen

zum Thema Demokratie. Die Historikerin Hedwig Richter brachte eine unkonventionelle und fruchtbare Sicht ein, indem sie die direktdemokratische Behäbigkeit infrage stellte, die zwar «verhebig» und breit abgestützte Resultate liefert, das aber oft mit grandioser Langsamkeit. Darauf sind wir zwar stolz, aber vielleicht können wir uns das immer weniger leisten. Dagegen postulierte Richter die zunehmende Notwendigkeit, in Zeiten der «big challenges» schnell, konsequent und vor allem: effektiv reagieren zu können, was in einer repräsentativen Demokratie besser der Fall sei. Das reflektiert, auch wenn es unschweizerisch sein mag, die Stimmung der Klimajugend (oder von uns Altersungeduldigen) wesentlich besser, die in politischen Sachfragen endlich Fortschritte sehen will, bei denen nun wirklich mehr als klar ist, dass sie keinerlei Geblöterle mehr dulden. Wir sollten endlich wieder mehr das tun, was nötig ist und nicht, was möglich ist, und das ist nicht nur abhängig von den Wahlanteilen. Allerdings steht dabei, in Anbetracht der Mehrheitsverhältnisse im neuen Parlament, die politische Mitte, wer immer sich dazuzählt, in der Pflicht. Und dazu müsste sie sich entscheiden und die progressiven Kräfte unterstützen.



Markus Kunz

Reklame

 winterhilfe  
Zürich

Weil Armut in der Schweiz oft unsichtbar ist.

 Ihre Spende in guten Händen.

Heute leben wieder mehr Menschen in der Schweiz in Not. Mit deiner Spende leisten wir schnelle Hilfe.

Danke für deine Solidarität.

PC 80-9758-8  
IBAN CH58 0900 0000 8000 9758 8  
Winterhilfe Zürich  
Limmatstrasse 114, 8005 Zürich

